

**DAS
RECHT
AUF
DORF**

LISA
BIRK

MICHAEL
FELLER

MARTIN
STRULLER

DAS RECHT AUF DORF

Ein Manifestchen.

›Das Recht auf Dorf‹
von Lisa Birk, Michael Feller und Martin Struller
6. Februar 2023

Studentische Arbeit
im Rahmen des Entwurfsprojektes
›Recht auf Dorf‹
im Wintersemester 2022/23

Prof. Laura Calbet Elias
Dr. Tino Buchholz

Städtebau-Institut
Fachgebiet Theorien und Methoden der Stadtplanung
Universität Stuttgart

Alle Abbildungen sind eigene Darstellungen

Inhalt

Prolog	7
1. Aufzug // Exposition	9
Abriss	10
Postwachstumsökonomie	14
Lefebvre und Degrowth	19
Lefebvre und die sinnliche Ebene	27
2. Aufzug // Transduktion	33
Beobachtung	36
Analyse	42
Probleme und Potentiale	52
Das Recht auf Dorf	56
3. Aufzug // Experimentelle Utopie	59
Strategie	60
Interventionen	65
Forderungen	84
Epilog	103
Literaturverzeichnis	104

Prolog

Diese Schrift weist einen Weg. Warum?

Die Zeit ist reif für das Dorf. Es ist Zeit, dass du, Dorfkind, dort nicht nur wohnen, sondern dort *leben* kannst. Dass du, Rentner:in, dort sitzen, atmen, erzählen kannst. Es ist Zeit, dass du, Geflüchtete:r, dort willkommen bist und es ist Zeit, dass du, Bauernhaus, gerettet wirst.

Es ist auch Zeit, dass du, Selbstversorger:in, dort einen Acker findest. Dass du, letzte Generation, doch nicht die Letzte bleibst. Es ist Zeit, dass du, Aussteiger:in, mit dem Lastenrad einkaufen kannst und dass du, Künstler:in, Bastler:in, Bereichernde:r, deinen Raum bekommst. Denn das ist euer Recht, *unser* Recht. Dieses Recht zu erkämpfen, dieses neue Dorf, wird euer *Werk* sein. Und daher ist es Zeit, dass du, Planer:in, zur Seite stehst, Räume anbietest, geschehen lässt, *ermöglichst*. Dieses Büchlein soll einen Weg dorthin zeigen.

1. Aufzug // Exposition

ABRISS.

POSTWACHSTUMSÖKONOMIE.

LEFEBVRE UND DEGROWTH.

LEFEBVRE UND DIE SINNLICHE EBENE.

Abriss

Vor 55 Jahren, 1968, erschien Henri Lefebvres *Le droit à la ville*, das erst 2016 als *Das Recht auf Stadt* ins Deutsche übersetzt wurde. Die darin beschriebenen und in einigen folgenden Büchern Lefebvres vertieften Ansätze haben seitdem akademisch weitreichende Bedeutung erlangt. Lefebvre gilt vielen als Vordenker der modernen Urbanistik und er beeinflusst bis heute stark die soziologische Raum- und Stadtforschung von David Harvey, Peter Marcuse und vielen anderen.

Das *Recht auf Stadt* ist nicht nur von akademischem Interesse - es ist ein politisches Werk. Doch als solches blieb es zunächst weitgehend unbeachtet. Zu radikal und systemkritisch um für gemäßigte Liberale anschlussfähig zu sein und bei weitem zu freiheitlich, zu individualistisch, zu sinnlich um bei der zeitgenössischen Linken auf großen Anklang zu stoßen. Doch kritische Theorie, Diskursanalyse und die ideengeschichtliche Postmoderne haben sich in den (linken) Zeitgeist des 21. Jahrhunderts eingeschrieben, vorbei sind die Zeiten von K-Gruppen und Maobibeln, und wer sollte ihnen hinterhertrauern? Inmitten einer globalen, diffusen Wolke von linken Bewegungen, die darum ringen, den Kampf gegen die Ungerechtigkeiten des politischen Neoliberalismus mit ihren autonomen Grundüberzeugungen in Einklang zu bringen, ist da plötzlich Lefebvre. Gut möglich, dass ›right to the city‹ seit der Jahrtausendwende öfter auf ein Schild geschrieben als gelesen wurde.

Das ist aus zweierlei Perspektiven interessant: Zum Einen sagt es natürlich etwas über die Qualität der Analysen aus - ein Grundlagenwerk von vor einem halben Jahrhundert, das heute einer weltweiten politischen Bewegung Sinn stiftet, muss so allgemeingültig sein, dass die Beobachtungen und Schlüsse auch heute noch anwendbar sind. Zum Anderen kann man an dieser verzögerten Wirkung ablesen, dass eine Veränderung mit der gesellschaftlichen Dringlichkeit vorgegangen ist. Manifestierter Neoliberalismus, Finanz- und Rohstoffkrisen führten dazu, dass immer mehr Menschen von systemischen Zusammenhängen in ihrer Entfaltung und Existenz bedroht sind, und trieben sie in die Bewegungen, Occupy, 15M, Chile 2019 und viele mehr. Immer wieder steht im Kern dieser Kämpfe die Stadt. Denn der Protest gegen das System funktioniert nicht in dessen eigenen Kommunikationsformen, er entsteht durch Situierung, durch räumliche Anwesenheit, Versammlung, Begegnung. Stadt ist, wo Gesellschaft *ist*, wo sie sich nicht vollständig wegsegmentierten lässt, wo sie un gelenkt ins Sein kommen kann, und auch, wo diese Dringlichkeit am deutlichsten zu spüren ist, wenn die Ordnung die Freiheit zu ersticken droht.

Lefebvre hat diesen Konflikt vorhergesehen und beschrieben, als den *kritischen Punkt* der industriellen Urbanisierung. Er erklärt, dass das, was die Stadt ausmacht, sie als besondere gesellschaftliche Ebene auszeichnet, das *Urbane*, paradoxerweise mit zunehmender Urbanisierung zu verschwinden droht. Eine lokale und modale Verlagerung des Wohnens, raus aus den Städten, weg vom Leben, hin zum Untergebracht-sein und erodierende Zentren führen zu einer »Explosion/Implosion« der Städte (Lefebvre 2016: 112). Wie weit dieser Mechanismus mittlerweile fortgeschritten ist und ob Städte nach Lefebvres Verständnis heutzutage überhaupt noch existieren oder zu retten sind, ist unklar. Sicher ist nur, dass es wesentlich einfacher gewesen wäre, ihm einige Jahrzehnte früher zuzuhören, als die Welt mit wehenden Fahnen in den Turbokapitalismus gezogen ist.

Vor diesem Hintergrund erscheint nun also das *Recht auf Dorf*, in respektvoller Anlehnung an das Vorbild. Für Lefebvre steht das Dorf noch ganz im Gegensatz zu obigem Mechanismus, ist für ihn »bewundernswerte Gesellschaftsform, [ein] Werk der Praxis und der Zivilisation schlechthin« (ebd.: 117). Dieser Eindruck konnte, das muss mit Nachdruck gesagt sein, von der phänomenologischen Betrachtung im Rahmen dieser Arbeit nicht bestätigt werden. 55 Jahre später haben die Mechanismen der urbanen Gesellschaft längst auch das Land vollständig im Griff. Ausgestorbene Ortskerne und verfallendes Fachwerk kontrastiert mit Doppel-Daimlern vor WDVS-Tempeln, eine unheilvolle Verbindung aus sozialräumlicher Entfremdung und wirtschaftlichem Funktionalismus befeuert Zersiedelung und Indifferenz. Gelten also die Herausforderungen für Lefebvres *Urbane* heute auch für das Dorf? Ist es am Ende überhaupt noch zu retten?

Das Dorf ist trostlos, aber verloren ist es noch nicht. Das, was gemeinhin als die Schwäche des strukturschwachen Raumes wahrgenommen wird - geringe wirtschaftliche Auslastung und Interessen - birgt eine Chance auf systemische Veränderung. Neben der beschriebenen sozioökonomischen Dringlichkeit besteht noch eine weitere, die sich auch im Städtischen nur schleppend situiert, weil sie so viel weniger existenziell spürbar ist: die der drohenden Klimakatastrophe. Das *Recht auf Dorf* muss auch das Recht auf Lüzerath sein. Doch auch darüber hinaus sind grundsätzliche systemische Veränderungen notwendig, die nicht nur Maßstäben von sozialer Gerechtigkeit, sondern auch der Endlichkeit von Ressourcen und der Fragilität des Klimas Rechnung tragen.

Zu diesem Zweck beschäftigt sich diese Arbeit zunächst mit den Strategien der Postwachstumsökonomie und deren Verwandtschaft mit Lefebvres *Recht auf Stadt*. Der ländliche Raum bietet vor allem in diesem Sinnzusammenhang spezifische Potentiale, denjenigen, die diese Synthese anstreben, sozial gerechtes, subsistentes, urbanes Leben zu ermöglichen. Nach einem Überblick über die theoretischen Ansätze Lefebvres folgt die Untersuchung einer konkreten Region am Beispiel von *Badisch*

Sibirien. Auf dieser Grundlage wird anschließend das *Recht auf Dorf* formuliert.

Ausgehend davon werden vier beispielhafte planerische Interventionen zur Ermöglichung des *Rechts auf Dorf* in der beobachteten Region vorgeschlagen. Schlussendlich werden die Erkenntnisse aus diesen Konzepten in zehn konkreten, generalisierten Forderungen zusammengeführt, wie das *Recht auf Dorf* aus planerischer und politischer Perspektive zu ermöglichen wäre.

Postwachstumsökonomie

In der heutigen Gesellschaft ist Wohlbefinden oft an materiellen Wohlstand gebunden, je mehr wir konsumieren, desto besser geht es uns vermeintlich. Befördert wird dies durch spezifische Werbung und fest verankerte Gesellschaftsmuster. Der Konsum geht dabei bereits weit über die Befriedigung der Grundbedürfnisse hinaus. Oft wird er als Identitäts- und Zugehörigkeitsmerkmal empfunden und wird dabei schnell zur Gewohnheit (vgl. FairBindung/Konzeptwerk neue Ökonomie 2016). Man konsumiert, weil man es schon immer so gemacht hat. Aber was bedeutet dies für unsere Gesellschaft und das System in dem wir leben und gibt es Potential für Veränderung?

Bei Betrachtung der momentanen Situation kann von einer kapitalistisch orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesprochen werden. Unterschieden werden muss diese vom reinen Kapitalismus:

»[Dieser] beschreibt [...] die heute existierende marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung nicht richtig, da der Kapitalismus in seiner reinen Ausprägung seit Langem überholt ist.«

(bpb o.D.)

Gründe dafür sind die reformierten Sozial- und Wirtschaftsgesetze, sowie eine an demokratischen und rechtsstaatlichen Werten orientierte Gesellschaft und angepasste Produktion. Zudem ist es dem Staat möglich

in bestimmten Situationen in das Marktgeschehen einzugreifen, wie beispielsweise beim Schaffen von Rahmenbedingungen zum Schutz der natürlichen Umwelt. Dennoch gibt es Punkte, die von kapitalistisch orientierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen sprechen lassen (vgl. bpb o.D.).

Um das Wirtschaftswachstum zu fördern, steigt der Wille, Flächen so produktiv wie möglich zu nutzen. Benachteiligt werden dabei diejenigen, die keine ausreichenden wirtschaftlichen Ergebnisse erzielen. Als Beispiel kann hier das Wegbrechen kleinerer Einzelhandelsstrukturen in ländlichen Räumen genannt werden. Um Bewohner:innen öffentliche Räume ohne direkten wirtschaftlichen Mehrwert zur Verfügung stellen zu können (Spielplätze, Parks etc.), muss an anderen Stellen eine maximale Flächenproduktivität angestrebt werden. Effizienz, Freiheit von Unternehmen und der Wettbewerb stehen im Fokus dieser wirtschaftlichen Prinzipien. »Die kapitalistische Produktion ist [dabei] auf Akkumulation ausgerichtet, um den Profit möglichst zu steigern« (Krämer 2015: 188). Diesem Wachstumszwang unterlegen, versuchen Unternehmen, Menschen durch gezielte Methoden zum Konsum anzuregen und »Bedürfnisse nach immer mehr und neuen Waren« (ebd.: 188) anzuregen. Dabei führt der Wunsch nach stetiger ökonomischer Produktivität zu Problemen in der Gesellschaft (vgl. Savini/Ferreira/von Schönfeld 2022: 4):

»The pursuit of economic productivity standardizes patterns of consumption and production; narrows the scope of creativity and innovation; increases the need for long-distance mobility for work and shopping; and produces peculiar forms of loneliness and stress-induced diseases.«

(Savini/Ferreira/von Schönfeld 2022: 4)

Um diesen Problemen entgegenzuwirken sind neue Herangehensweisen in Bezug auf kapitalistische Denkweisen in der Gesellschaft notwendig. In den letzten Jahren gab es verschiedene Ansätze, wie das Wachstum als gesellschaftliche Triebkraft abgelöst werden könnte. Die Postwachstumsbewegung zeigt einen Weg auf, wie gesellschaftliches Zusammenleben unabhängig vom Wirtschaftswachstum aussehen könnte.

»Postwachstum basiert auf einer Kritik an Wachstum als Ziel von Politik und Wirtschaft, an einer primär materiellen Wohlstandsdefinition und am Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßzahl für gesellschaftlichen Fortschritt.«

(ARL 2021: 1 f.)

Das Ziel ist dabei, ökonomische Wachstumszwänge zu überwinden und soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen. Die Grundlage dafür ist die Berücksichtigung der planetaren Grenzen und das Anerkennen der Endlichkeit von Ressourcen.

»Dabei geht es nicht vorrangig um Verzicht oder darum, dass grundsätzlich kein materielles Wachstum mehr möglich sein soll. Vielmehr sollen wirtschaftliche Prozesse im direkten Bezug zu den Bedürfnissen von Mensch und Natur gedacht werden«

(ARL 2021: 2).

Die Emanzipation vom ökonomischem Wachstum steht dabei im Vordergrund. Dennoch müssen auch gesellschaftliche und ökologische Fragestellungen, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Berücksichtigung finden. In wirtschaftlicher Hinsicht stehen dabei drei Begrifflichkeiten im Mittelpunkt. Als Ziel wird eine suffiziente Konsumweise definiert, bei der nur die notwendigen Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Eine subsistente Produktion, also die Möglichkeit zur Eigenproduktion der Lebens-

grundlage, schafft eine Unabhängigkeit von übergeordneten Instanzen, sowie ökologische Vorteile wie Vermeidung von Transportwegen und den Erhalt der Biodiversität. Konsistenz als Strategie plädiert für die Lebensverlängerung von Produkten, in Form von Reparaturmöglichkeiten oder als Kreislaufsystem, wodurch der Konsum insgesamt reduziert werden kann (vgl. Wollschläger 2016: 28 f.).

Um die Ideale der Postwachstumsdiskussion in der Gesellschaft zu implementieren, können verschiedene Strategien angewandt werden. Der amerikanische Soziologe Erik Olin Wright beschäftigte sich in seinen Forschungen zur marxistischen Klassentheorie mit Transformationskonzepten aus dem Kapitalismus. Mit drei unterschiedlichen Strategien legt er dar, wie eine Veränderung in der Gesellschaft und die Emanzipation vom Wirtschaftswachstum herbeigeführt werden kann. In diesen Ansätzen geht er unterschiedlich radikal vor, betont dabei aber die Möglichkeit der Verwebung (vgl. Sutterlütti/Meretz 2018).

Die *rupturale Strategie* plädiert für die Zerstörung und den Neuaufbau bestehender Institutionen, angereizt durch politische und moralische Überzeugungen der Bevölkerung. Diese reichen allerdings meist nicht aus, um eine Veränderung zu bewirken, da materielle Interessen von Einzelnen starken Einfluss ausüben. Aufgrund der längeren Zeitdauer des Umbaus, können diese Interessen eine Gefahr für den Neuaufbau darstellen und die Rückkehr zum Kapitalismus fördern.

Die *interstitielle Strategie* greift in den Freiräumen, das heißt in nicht von Organisationen kontrollierten Räumen an. Unter Zuhilfenahme von punktuellen Projekten ist entweder eine Veränderung bis zu den Grenzen der ökonomischen Ordnung möglich, die im nächsten Schritt über einen Bruch (rupturale Strategie) überwunden werden, oder die Aufweichung dieser Grenzen, über die eine schrittweise Relativierung erreicht wird. Als Beispiel dafür können Haus- und Wohnbauprojekte genannt werden, die außerhalb von marktwirtschaftlichen Modellen alternativen und gemeinschaftlichen Wohnraum schaffen.

Die *symbiotische Strategie* plädiert für Reformen von institutionellen Strukturen. »[Dabei] solle der Staat weder ignoriert, noch zerstört, sondern genutzt werden« (Sutterlütti/Meretz 2018: 25) und somit das Leben innerhalb des existierenden Systems verbessert werden. Soll eine Veränderung herbeigeführt werden, können die einzelnen Ansätze nicht für sich stehen, sondern miteinander verwoben werden. Wright spricht sich dabei für eine Kombination der Strategien aus (vgl. Sutterlütti/Meretz 2018: 25 f.; vgl. Brokow-Loga 2020: 4 ff.).

»Freiraumstrategien können in der Bevölkerung das Bewusstsein stärken, dass eine andere Welt möglich ist, und sie können Schritte entlang einiger der Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung befördern; symbiotische Strategien haben das Potenzial, umfassendere Räume für das Wirken von Freiraumstrategien zu eröffnen; und die kumulative Wirkung eines solchen, an gesellschaftlicher Ermächtigung ausgerichteten Aufbaus von Institutionen könnte darin bestehen, unter unvorhergesehenen Zukunftsbedingungen Transformationen, die auf Brüchen basieren, zu ermöglichen.«

(Sutterlütti/Meretz 2018: 26)

Schritt für Schritt können so Postwachstumsideale in der Gesellschaft verankert werden und das wirtschaftliche Wachstum als Motor für gesellschaftliche Veränderung ersetzt werden.

Lefebvre und Degrowth

Lefebvre übt in seinem *Recht auf Stadt* explizit Kritik an einer Wachstumsideologie, wenn er fordert »nicht mehr auf das Wirtschaftswachstum um des Wachstums willen abzuzielen« und »das Wachstum auf Entwicklung und folglich auf die *urbane Gesellschaft* zu lenken« (Lefebvre 2016: 175, Hervorhebung im Original). Dennoch ist seine Forderung nach einem *Recht auf Stadt* nicht primär Wachstumskritik und geht allgemein über die Ebene sozioökonomischer Zusammenhänge hinaus. Auch die erst rund 30 Jahre nach dem Erscheinen des *Rechts auf Stadt* manifestierte Degrowth-Bewegung scheint sich nicht zentral auf Lefebvre zu beziehen (vgl. Research and Degrowth 2021; vgl. Wollschläger 2016: 8).

Nichtsdestotrotz lassen sich Übereinstimmungen und Zusammenhänge zwischen den Konzepten erkennen. Diese deuten darauf hin, dass sich die Implementierung von Mechanismen einer Postwachstumsökonomie in der Planung im Sinne von Lefebvres *Recht auf Stadt* auswirken würde.

Gebrauchswert vs. Tauschwert

Eine wesentliche Grundlage des *Rechts auf Stadt* ist die Unterscheidung von *Werk* und *Produkt*, wobei Lefebvre das *Werk* mit dem *Gebrauchswert* und das *Produkt* mit dem *Tauschwert* gleichsetzt (vgl. Lefebvre 2016: 31). Der Wert des *Produktes* wird demnach also daran bemessen, welcher Gegenwert sich bei einem potentiellen oder tatsächlichen Tauschhandel erzielen lässt oder ließe. Dieser Wert lässt sich in Form einer Geldsumme quantifizieren, entweder als Preis oder als angenommener Warenwert.

Der Wert des *Werkes* bemisst sich in Abgrenzung dazu danach, wie und in welchem Maße eine Sache genutzt oder gebraucht werden kann. Nutzen ist hierbei jedoch nicht nur als physische Nützlichkeit, sondern als jegliche Bedeutung zu verstehen, die man dem Gegenstand beimisst, die sich jenseits seines potentiell erzielbaren Tauschwertes befindet. Dies umfasst auch emotionalen, sentimental, identitätsstiftenden oder kulturellen ›Nutzen‹ und ist daher nicht nur nicht quantifizierbar, sondern auch von einer subjektiven Bewertung abhängig.

Als ein solches *Werk* versteht Lefebvre die Stadt, oder genauer »Das *Urbane* [als] das Werk der Städter« (Lefebvre 2016: 105, Hervorhebung im Original). In dieser Tatsache begründet Lefebvre eine große Bedrohung des *Urbanen*: dass die »Welt der Waren«, also die ökonomische Ordnung im postindustriellen Kapitalismus, danach »trachtet, den Gebrauchswert in Tausch und Tauschwert aufzulösen« (Lefebvre 2016: 183 f.). Die zunehmende Bedeutung des *Produktes* gegenüber dem *Werk* als Mechanismus und Folge der Industrialisierung/Urbanisierung spielt eine zentrale Rolle in Lefebvres Analyse der modernen Stadt und als Argumentationsgrundlage für ein *Recht auf Stadt* (vgl. ebd.: 166).



Auch wenn der ursprünglich von Marx geprägte Begriff im Zusammenhang mit Postwachstum kaum vorkommt, beinhalten die zentralen Forderungen der Bewegung eine deutliche Betonung des *Gebrauchswertes* (vgl. Marx 2009: 50). Die Forderung nach Suffizienz beinhaltet eine Ausrichtung (und Einschränkung) des Konsumgeschehens an realweltlichen Bedürfnissen, die Forderung nach Subsistenz Möglichkeiten zur (Eigen-)Produktion von Gütern zur Befriedigung dieser Bedürfnisse. Die Bewertung von Gegenständen nach deren Kapazität Lebensgrundlage darzustellen und Bedürfnisse zu stillen entspricht dem *Gebrauchswert*. Die Kritik an der übermäßigen Bedeutung des *Tauschwertes* wird vor allem in der Forderung nach Konsistenz deutlich. Dass die Produktion von Gütern nicht ohnehin auf größtmögliche Produktlebenszyklen und deren Regenerativität ausgerichtet ist, lässt sich nur dadurch erklären, dass dies nach einer Tauschwertlogik nicht zur Steigerung des Wertes der Produktion führt (vgl. Wollschläger 2016: 28 f.).

Kapitalismuskritik

Über diese grundsätzliche Unterscheidung von Bewertungssystemen hinaus ist eine konkrete Kritik an den Mechanismen und Folgen von (Neo-)Kapitalismus und Konsumismus fester Bestandteil von Lefebvres Argumentation. So spricht er etwa von einem »Staatskapitalismus« (Lefebvre 2016: 170) oder einer »Ideologie des gelenkten Konsums«, in der die »Werbung für Konsumgüter zum wichtigsten Konsumgut [wird]« (ebd.: 101 f.). Lefebvre argumentiert, dass »der Staat und das Unternehmen versuchen, die städtischen Funktionen an sich zu reißen, [...] indem sie die Form des Urbanen zerstören« (ebd.: 140 f.), wobei er die treibende Kraft des Unternehmens betont, das »in manchen kapitalistischen Ländern dem Staat« nur das »überlässt, [was] es selbst zu übernehmen sich weigert, weil es zu kostenaufwändig ist« (ebd.: 121). Dies würde durch



einen gesellschaftlichen Fokus auf Planung für Industrie und Privatwirtschaft ermöglicht (vgl. ebd.: 116), infolge dessen sich eine »kapitalistische Zentralität« in Form eines gleichzeitigen »Ort des Konsums und Konsum des Ortes« entwickle (ebd.: 183). Damit geht für die meisten Mitglieder der Gesellschaft eine durch institutionelle und ökonomische Zwänge bestimmte Alltäglichkeit einher (vgl. ebd.: 141).

Forderungen nach konkreten Gegenmaßnahmen und Alternativen wie Lohnerhöhungen oder Verstaatlichungen sind ein Element von Lefebvres *Rechts auf Stadt* (vgl. Lefebvre 2016: 177). Darüber hinaus lässt sich eine gewisse Nähe zu einer politisch marxistischen Tradition erkennen, wenn er etwa von »Ausbeutung« spricht (ebd.: 33), »nur [der] Arbeiterklasse« die Fähigkeit zuspricht, »Akteur, Träger [...] dieser Verwirklichung [zu] werden« (ebd.: 166) oder explizit den »Sozialismus in den neokapitalistischen Ländern« (ebd.: 198) als Utopie annimmt.

Die Forderung nach einer Postwachstumsökonomie als Variante und Weg zu einer stationären Wirtschaft ist keine Forderung nach Sozialismus (vgl. Paech 2009) und steht sogar gelegentlich von orthodoxer marxistischer Seite in der Kritik, nicht grundlegend genug bestehende Eigentums- und Produktionsverhältnisse zu hinterfragen (vgl. Schwartzman 2022). Dennoch liegt der Degrowth Bewegung eine fundamentale Kapitalismuskritik zugrunde, oder zumindest eine Kritik an den Symptomen seiner konkreten Ausprägungen in den Industrieländern. Doch die Verwandtschaft zwischen Postwachstum und Lefebvre besteht nicht nur aus einer gemeinsamen Ablehnung beobachtbarer Mechanismen. Lefebvres Menschen- und Bedürfniszentrierter Ansatz lässt vermuten, dass sein kommunistisches Vokabular zumindest teilweise seinem intellektuellen und zeitlichen Kontext zuzuschreiben ist. Ein Verständnis des Sozialismus, der »heute nur gedacht werden [kann] als an den gesellschaftlichen Bedürfnissen [...] orientierte Produktion« (Lefebvre 2016: 178) und ein »Recht auf Freiheit, auf Individualisierung« (ebd.: 189) beinhaltet, zeigt Lefebvres Distanz zum orthodoxen Marxismus. Das lässt vermuten, dass sich eine Postwachstumsökonomie sowohl inhalt-

lich als auch prozedural näher an Lefebvres Vorstellung eines Sozialismus befindet, als die »Arbeiterrevolution, die [die] Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse [...] ist« (Engels/Marx 2008: 59).

Revolutionärer Reformismus

Die Nähe ergibt sich nicht nur aus einer Übereinstimmung der anvisierten Ziele. Lefebvre positioniert sich zu der Frage des revolutionären Charakters der von ihm geforderten Veränderungen. Ausgehend von der Annahme, dass nur »die dialektische Vernunft mit den vielfältigen und paradox widersprüchlichen Prozessen umgehen [kann]« (Lefebvre 2016: 55), die er in der Stadt und dem Urbanen andeutet, erteilt er zunächst eine Absage an die »kontinuistische Illusion« (ebd.: 91), dass das Urbane sich in einem geradlinigen Zusammenhang, ohne Brüche immer weiterentwickeln würde und ließe. Gleichzeitig positioniert er sich gegen einen vollständigen programmatischen Diskontinuum, wenn er wiederholt auf den »Keim, das *Urbane*, der sich in den Rissen der geplanten [...] Ordnung erhält« (ebd.: 122, Hervorhebung im Original) als Triebkraft und Hoffnungsträger einer potentiellen Veränderung verweist. Lefebvre fordert diesen »Widerspruch zwischen Kontinuum und Diskontinuum, zwischen reformistischem Evolutionismus und totaler Revolution zu überwinden« (ebd.: 114). Aus diesem Widerspruch, dem Zusammenspiel aus Vergangenheit und Gegenwart, ergibt sich für ihn »das Mögliche, [...] ein *virtueller Gegenstand*« (ebd.: 150, Hervorhebung im Original).

Davon ausgehend, dass man auf gesellschaftlicher Ebene nicht »aus dem Nichts über Verordnungen neue Formen und Verhältnisse hervorziehen [kann]« (Lefebvre 2016: 154) begründet er das besondere Potential der Stadt: »An sich *reformistisch*, wird die Strategie der Sanierung der Stadt »zwangsläufig« revolutionär, nicht durch die Kraft der Dinge, sondern gegen die etablierten Dinge« (ebd.: 159, Hervorhebung im Original).



Die Postwachstumsbewegung hat nicht zuletzt deswegen in den vergangenen 20 Jahren an Bedeutung gewonnen, weil sie sich nicht darauf beschränkt, ein positives, realistisches Zukunftsszenario zu zeichnen. Eine Auseinandersetzung mit Mechanismen von Wachstumswängen und Möglichkeiten zu deren Überwindung macht, vom aktuellen globalen sozioökonomischen System ausgehende, prozedurale Erwägungen zu einem Kernelement der Degrowth Bewegung (vgl. Richters 2019; vgl. Paech 2009). Wie Lefebvres *Recht auf Stadt* beinhaltet sie die Anerkennung der Notwendigkeit radikaler Veränderung, ohne sich für deren Umsetzung auf den grundsätzlich schwer legitimierbaren, argumentativ bequemen Weg der autoritären Revolution zurückzuziehen.

Die Grenzen des Postwachstums

Aus diesen Ausführungen geht hervor, inwiefern Ansätze der Postwachstumsbewegung im Einklang mit den Forderungen und Positionierungen von Lefebvres *Recht auf Stadt* stehen, und daher als sozioökonomische Grundlage für ein daran angelehntes *Recht auf Dorf* dienen können. Dies soll jedoch nicht bedeuten, dass Lefebvres Ansätze in einer Postwachstumsplanung vollständig berücksichtigt oder abgedeckt wären. Seinen Forderungen stehen Eigentums- und damit Entscheidungsverhältnisse der damaligen - und teilweise noch stärker der heutigen - Gesellschaft im Weg. Wie gezeigt benennt er auch einige dieser Mechanismen als Ursachen für von ihm festgestellte Probleme.

Postwachstumsansätze können als Mittel dienen, diese Ursachen und hinderlichen Mechanismen abzuschwächen und damit sozioökonomische Räume zu schaffen, innerhalb derer Lefebvres *Urbanes* überhaupt Entfaltungsmöglichkeiten finden kann. Die Implementierung einer Postwachstumsökonomie wäre hingegen kein hinreichender Grund für eine Stadtreform/-revolution im Sinne eines *Rechts auf Stadt/Dorf*. Es ist daher notwendig, sich über die aufgezeigten Positionen eher ökonomischer Natur hinaus mit zentralen Elementen von Lefebvres Konzeption auseinanderzusetzen.

Lefebvre und die sinnliche Ebene

»Die Krise der Stadt der bornierten Rationalität zuzuschreiben, [...] der vor allem um das Wachstum besorgten planerischen Zentralisierung, der Staats- und Unternehmensbürokratie, ist nicht falsch. Dennoch geht diese Sichtweise über die Perspektive des [...] philosophischen Rationalismus [...] nicht hinaus. Sie muss weiter gehen, zu einer Perspektive, die die Form einer neuen städtischen Gesellschaft vorschlagen will«

(Lefebvre 2016: 122).

Obwohl Lefebvre ausdrücklich nicht die Rationalität als philosophisches Instrument im allgemeinen für die Krise der Stadt verantwortlich macht, betont er doch den umfassenden ideologischen Gehalt eines bürokratisch wirtschaftlichen Rationalismus (vgl. Lefebvre 2016: 121). Er kritisiert eine »beschränkte Rationalität« in Form einer »Welt der Ware« mit einer »ihr innewohnenden Logik [...] des Geldes und des verallgemeinerten grenzenlosen Tauschwertes« (ebd.: 125). Diese kenne gegenüber der städtischen Form nur Indifferenz, sie »reduziert die Gleichzeitigkeit und die Begegnungen auf jene der Tauschenden« (ebd.: 125).

Wenn Lefebvre fordert »die wirtschaftliche Planung durch eine soziale Planung zu ersetzen« (Lefebvre 2016: 176) führt er aus, dass gesellschaftliche Bedürfnisse zur »Herstellung neuer ›Güter‹ [führen]«, die für



ihn nicht zwangsläufig physische Objekte sind, sondern »gesellschaftliche Objekte in Raum und Zeit« (ebd.: 176). Das, was für Lefebvre das tatsächlich Städtische ist, das gleichzeitig unterdrückte Unsichtbare und ununterdrückbare Allgegenwärtige, die Essenz der Stadt und gleichzeitig die Keimzelle, aus der sich diese neu erschaffen muss, nennt er das *Urbane* (vgl. ebd.: 85). Er beschreibt es als »gesellschaftliche Wirklichkeit« in Abgrenzung zur unmittelbaren physischen Wirklichkeit der Stadt (vgl. ebd.: 85 f.). Das Urbane ist nach Lefebvre eine »geistige und soziale Form, die der Gleichzeitigkeit, der Versammlung, des Zusammenwirkens, der Begegnung (oder besser von Begegnungen). Es ist eine *Qualität*, die aus Quantitäten hervorgeht (Räume, Objekte, Produkte)« (ebd.: 124 f., Hervorhebung im Original).

Auch ein *Recht auf Dorf* muss sich auf dieses *Urbane* beziehen, muss dessen *Werk* sein, es ermöglichen, von ihm ausgehen, für es kämpfen und von ihm erkämpft werden. Die sozioökonomischen und kulturellen Bedingungen unserer Zeit haben das urbane Gewebe sich längst so um-

fassend ausbreiten lassen, dass für den ländlichen Raum auf grundsätzlicher Ebene die gleichen Ansprüche, Bedürfnisse und Potentiale an Überlagerungen, Interaktionen, Virtualitäten und Aneignungen gelten wie in der Stadt. Das *Urbane* ist verräumlichte Gesellschaft und vergesellschafteter Raum - in einer Gesellschaft, die durch physische und kommunikative Mobilität so eng zusammengedrückt ist wie unsere, gilt das in der Stadt gleichermaßen wie auf dem Land.

Zentralität

Für Lefebvre definiert sich das *Urbane*, seine Existenz und seine Ermöglichung maßgeblich über dessen Verhältnis zu Zentralitäten, die »urbane Realität als Abhängigkeit vom Zentrum« (Lefebvre 2016: 51). Zentren sind für ihn Begegnungsorte an denen sich Kommunikationen und Informationen bündeln, Bezugspunkte nach und an denen sich Urbanität ausrichtet (vgl. ebd.: 122). In der postindustriellen Stadt sieht er diese Zentralitäten bedroht und angegriffen. Die Beherrschung und Abschaffung der Zentralität steht für ihn im Kern der spätkapitalistischen Stadt, die lediglich »Zentren der Kapitalakkumulation« (ebd.: 108) in Form von Konsumzentren kennt (vgl. ebd.: 183). Sie strebt eine Beherrschung der urbanen Zentralität an indem sie diese mit Entscheidungszentren überlagert (ebd.: 170, 184). Lefebvre sieht in dieser Nivellierung des Zentralen gegenüber dem urbanen Gewebe einen der primären Unterdrückungsmomente des *Urbanen* und fordert die Überwindung dieses Zustandes »auf der Grundlage des Gegensatzes von städtischem Gewebe und Zentralität« (ebd.: 109). Er schlägt als möglichen Ausweg eine neue Form, eine »Zentralität des Spielerischen« (ebd.: 186) vor, die es vermag, das Zeitliche, das Geschehende, das Begegnende über das Räumliche, Seiende zu privilegieren.

Unterschiedlichkeit

Ein weiteres Kernelement des *Urbanen* ist das der Gleichzeitig- und -räumlichkeit von Unterschiedlichkeiten. Lefebvre versteht Stadt als die »Pluralität, die Koexistenz und Simultaneität von Mustern, Arten, das städtische Leben zu leben« (Lefebvre 2016: 95). Als primäre Bedrohung benennt er die Bestrebung, Stadt räumlich zu zonieren und gesellschaftlich zu segregieren. Diese Vielfältigkeit von gleichförmig Angeordnetem erwecke »den Eindruck von Monotonie, der diese [...] überlagert« (ebd.: 119). Daraus lässt sich ableiten, dass das von ihm geforderte »Recht auf Freiheit, auf Individualisierung« (ebd.: 189) nicht in einem »Recht auf Konsum« in Form von universeller Teilhabe am konsumistischen System aufgehen könnte, im Gegenteil: nur ein »Recht auf Nicht-Konsum« kann die Unterschiedlichkeiten des *Urbanen* ermöglichen.

Aneignung

Eine besondere Rolle spielt die Fähigkeit zu und das Bedürfnis nach Aneignung, sie sind gleichermaßen Ursache für die Notwendigkeit und Potential zur Verwirklichung eines *Rechts auf Stadt*. Das *Urbane* entsteht aus einem »Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit« (Lefebvre 2016: 149), hat jedoch in der modernen Stadt »die Merkmale eines Werks, der Aneignung verloren« (ebd.: 119). Doch diese Verunmöglichung ist gleichzeitig, was das städtische Leben ins Mögliche bringt, indem es »versucht, sich Zeit und Raum anzueignen, indem es Herrschaft verteilt« (ebd.: 105). Das Recht auf Aneignung steht dabei im Gegensatz zu einem Konsum des Ortes als »Spektakel« (ebd.: 142) und ist, wie Lefebvre betont, klar von einem »Recht auf Eigentum« zu unterscheiden (ebd.: 189).

Lefebvre macht den Zusammenhang dieser Bedeutungsebenen deutlich, wenn er die »städtische Gesellschaft [als] eine Gesamtheit von Handlungen, die sich in der Zeit abspielen, einen Raum privilegieren und durch diesen privilegiert werden« beschreibt (Lefebvre 2016: 126), wobei die ›Gesamtheit der Handlungen in der Zeit‹ als Gleichzeitigkeit von Unterschiedlichkeiten, die ›Privilegierung des Raumes‹ als Aneignung, und die ›Privilegierung durch diesen‹ als Zentralität verstanden werden kann.

2. Aufzug // Transduktion

BEOBACHTUNG.

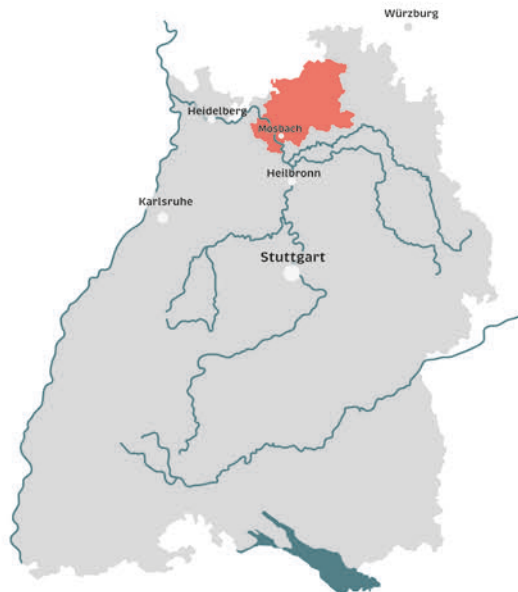
ANALYSE.

PROBLEME UND POTENTIALE.

DAS RECHT AUF DORF.

Um sich dem virtuellen Gegenstand eines *Rechts auf Dorf* zu nähern, ist es nötig, sich zunächst des Dorfes *an sich* anzunähern. Dies soll im Rahmen dieser Arbeit in Form der Beschäftigung mit einer konkreten, ländlich geprägten Region geschehen, dem Bauland. Innerhalb dieses Landstriches wurden eine Reihe von strukturell unterschiedlichen Ortschaften einer genaueren Betrachtung und Analyse unterzogen. Daraus lassen sich spezifische Merkmale und Besonderheiten, sowie allgemeine Probleme und Chancen sowohl für die gesamte Region, als auch für den ländlichen Raum generell ableiten.

Das Bauland ist eine Region im Nordosten Baden-Württembergs. Es ist im Norden durch den Odenwald, im Osten durch das Tauberland, im Süden durch die Jagst und im Westen durch den Neckar begrenzt und deckt sich zu wesentlichen Teilen mit dem Gebiet des Neckar-Odenwald-Kreises. Auch die zumindest ursprünglich abwertende Zuschreibung ›*Badisch Sibirien*‹ bezieht sich in etwa auf das Gebiet des Baulandes. Die Region gehörte bis zur Neuordnung der Bundesländer nach dem Zweiten Weltkrieg zur Republik Baden, die aus dem Großherzogtum Baden her-



vorgegangen war. Gegenüber dem badischen Kernland ist das Gebiet des Baulandes vergleichsweise unwirtlich - landwirtschaftlich nur mäßig fruchtbar, klimatisch spürbar kälter, mit langen und schneereichen Wintern. Darüber hinaus befindet es sich ganz am nordöstlichen Rand des ehemaligen Badens. Um die Ähnlichkeiten zu dem russischen Vorbild zu vervollständigen, wurde diese ohnehin als tiefste Provinz wahrgenommene Gegend zu Zeiten Badens scheinbar genutzt, um in Ungnade gefallene Beamte aus Karlsruhe zur Strafe dorthin zu versetzen (vgl. Wanner 2000).

Die Vorstellung von *Badisch Sibirien* ist, zumindest heutzutage, mehr Mythos als zulässiger Vergleich. Ein solcher Mythos gewinnt seine Bedeutung natürlich nicht vorrangig aus faktischen Unterschieden, sondern aus Zuschreibungen, Vorstellungswelten von Abgehängtheit und Provinzialität - und dem Bedürfnis, sich von diesen negativen Bildern zu distinguieren oder zu distanzieren. Aber gerade dieses Bedürfnis nach Abgrenzung ist, was letztlich vor allem in der historischen Betrachtung eine viel stärkere und dauerhaftere Wirkmacht entfaltet, als beispielsweise die Fruchtbarkeit des Bodens. Denn auch lange nachdem der landwirtschaftliche Ertrag oder die Reisedauer in eine Provinzhauptstadt entscheidende Faktoren bei der strukturellen Kondition einer Region sind, wirkt der Beigeschmack des ›Hinterlandes‹ auf Entscheidungen ein, im Privaten wie im Politischen.

Daher verwundert es nicht, dass der Neckar-Odenwald-Kreis auch heute Merkmale der Strukturschwäche aufweist, zumindest im Vergleich innerhalb Baden-Württembergs. In einer Clusteranalyse der sozioökonomischen Lage aller Landkreise in Deutschland befindet sich der Neckar-Odenwald-Kreis im deutschlandweiten Vergleich unter den ländlichen Kreisen im Mittelfeld, insbesondere auch gegenüber weiten Teilen der ›neuen Bundesländer‹. Er ist jedoch zum großen Teil von Kreisen umgeben, die dem höheren Cluster zugeordnet werden, und innerhalb Baden-Württembergs einer von nur zwei Kreisen, die nicht in die höhere Kategorie fallen (vgl. Berlin-Institut 2019; vgl. Ewert 2021).

Beobachtung

Im Folgenden sollen die Ergebnisse und Schlüsse einer phänomenologischen Betrachtung verschiedener Gemeinden des Baulandes dargelegt werden. Ziel war, sich durch Beobachtung, fotografische Dokumentation und Gespräche mit Menschen vor Ort den aktuellen Lebensumständen und Bedürfnissen der Bevölkerung anzunähern. Hierfür wurden die Orte Schlierstadt, Mosbach, Billigheim, Buchen, Adelsheim, Osterburken, Großbeicholzheim und Sulzbach besucht. Durch Gespräche mit Jürgen Breitinger, dem Ortsvorsteher von Schlierstadt und Wolfram Bernhardt, dem Bürgermeister von Adelsheim, wurden tiefere Einblicke in die regionalen Herausforderungen und Qualitäten gewonnen. Ergänzt und bestätigt wurden Teile dieser Beobachtungen durch die Vorstellung des »Masterplan Innenstadt« in Adelsheim durch das Planungsbüro *Endboss* und deren eigene, investigative Untersuchungen.

Zentral

Bei der Suche nach Zentralitäten und deren Spuren fällt zunächst auf, dass sich, im Vergleich zu einem diffusen, nostalgischen Bild des ursprünglichen Dorfes eine Spannung zeigt. Auf der einen Seite sind die Orte morphologisch um bedeutungsaufgeladene räumliche Zentren angeordnet. Diese stehen oft im Zusammenhang mit ihrer lange Geschichte



und dem Modus ihrer Entstehung: sei es eine Zeile prominenter Fassaden entlang einer Hauptstraße im Falle eines Straßendorfes (Sulzbach, Billigheim, Adelsheim) oder ein Geflecht mit Ausrichtung auf einen zentralen Platz bei einem Haufendorf (Schlierstadt). Meistens gibt es dabei einen starken Bezug auf herausgehobene Gebäude wie Kirchen oder Rathäuser, die von ihrer ehemaligen Bedeutung innerhalb der sozialen Ordnung zeugen.

Im Kontrast dazu scheinen sich diese Räume heutzutage nicht oder kaum mehr mit sozialen Zentralitäten zu decken. Die Ortskerne sind »ausgestorben«, weil sie keine Interaktionspunkte (mehr) bieten. Im Gegensatz dazu lassen sich vereinzelt Spuren sozialer Zentralitäten finden, die davon zeugen, dass diese sporadischer und oft weniger öffentlich zugänglich bestehen. Diese zentralen Punkte existieren in Form von Vereinen, freiwilligen Feuerwehren und in der Form, die auch Lefebvre als den »höchsten Gebrauch der Stadt« (Lefebvre 2016: 31), die reine Form des Werkes betrachtet: Dem (Dorf-)Fest. Aber es wird deutlich, dass diese

Elemente das Bedürfnis nach Zentralität nicht ausreichend befriedigen können und trotz ihrer herausgehobenen Stellung zunehmend verschwinden.

Unterschiedlich

Die gleichzeitige Überlagerung von unterschiedlichen Lebensentwürfen und -räumen ist nicht unbedingt, was man mit einer Vorstellung von Landleben in Verbindung bringt. Im Gegenteil beinhaltet das gängige Bild eher eine Konzeption von Dorfgemeinschaft, deren Mitglieder in großer kultureller Nähe zueinander einen weitgehend geteilten sozialen Raum bevölkern - und diesen gegenüber Außenstehenden und ›Zugezogenen‹ abgrenzen oder sogar verteidigen. Und tatsächlich findet man Elemente großer Konformität, die dieses Vorurteil in bestimmten Punkten bestätigen. Neben dem Auto scheint vor allem das Eigenheim als kultureller Fetisch einen gemeinsamen Nenner darzustellen. Zwar stellen beide auf dem Land eine bis zu einem gewissen Grad unumgängliche Notwendigkeit dar, zumindest innerhalb aktuell gültiger systemischer Parameter. Dennoch umgeben sowohl das Eigenheim als auch das Auto als *Topoi* eine beinahe unangefochtene Aura des Erstrebenswerten, eines Objekt des Begehrens. Diese Verschiebung vom Objekt als Mittel zum Objekt als Zweck geht mit einer Normativierung einher, die individuelle Abweichungen erschwert und systemische Einschränkungen zum Sakrileg erklärt.

Auch das immer weiter zurückgehende Angebot an Zentralitäten trägt zur Verunmöglichung von Unterschiedlichkeit bei. Je alternativloser sich diese darstellen, umso mehr wird ihr Gegenstand und dessen Ausformung durch etablierte Gruppen zur Hegemonie. Dies äußert sich beispielsweise in Form eines sehr begrenzten Angebots an Sportarten im Vereinssport, in Form fester Gruppen, in die sich schwer ›hinein kommen‹ lässt oder in der Definitionshoheit über die Freizeitgestaltung: Wer



auf die Landjugend keine Lust hat, bleibt alleine, verlegt seinen sozialen Raum ins Internet oder flüchtet sobald sich die Möglichkeit bietet.

Dennoch lässt sich erkennen, dass die Ausweitung des urbanen Gewebes auch in dörflichen Strukturen deutliche Spuren hinterlässt. Das Internet als Plattform, Kommunikationsinstrument und sogar Arbeitsplatz führt auch auf dem Land dazu, dass Menschen soziale Räume bevölkern können, die weitgehend unabhängig vom räumlichen Bezug ihres Wohnortes sind. Die steigende individuelle Mobilität führt dazu, dass die Dörfer des Baulandes zunehmend in den Fokus von Menschen rücken, deren Erwerbs- und Sozialeben sich in einem der umliegenden Oberzentren - Heidelberg, Heilbronn oder Würzburg - abspielt, die aber in dem ländlichen Gebiet preisgünstig und naturnah den ›Traum vom Eigenheim‹ verwirklichen können - und dafür regelmäßiges Pendeln langer Strecken in Kauf nehmen. Diese Menschen haben nicht selten gar kein Interesse daran, an einer bestehenden (oder virtuellen) Dorfgemeinschaft teilzuhaben. Dadurch entsteht eine gewisse Gleichzeitigkeit von

Unterschiedlichkeiten, die, wie in der postindustriellen Stadt, bei genauerer Betrachtung eher wie Entfremdung erscheint, ohne Bezug zu einer geteilten räumlichen Morphologie und Identität.

Angeeignet

Die große Bedeutung des Privateigentums an Grund und Boden und die bisweilen beinahe naturalistische Zuordnung des öffentlichen Raumes als Verkehrsfläche führen dazu, dass räumliche Aneignung in der ländlichen urbanen Praxis nur eine untergeordnete Rolle zu spielen scheint. Es ist schwer zu trennen, bis zu welchem Grad eine vollständige räumliche Zonierung und legale Ordnung Aneignung verunmöglicht, oder inwieweit die Integration dieses gesellschaftlichen Zustandes in normative Ansichten zu einer Art ›vorausweisendem Gehorsam‹ führt. Im Ortskern von Adelsheim befindet sich beispielsweise ein Areal, das nach allen



morphologischen Kriterien denen eines zentralen städtischen Parks entspricht. Dieser befindet sich jedoch, zusammen mit dem zugehörigen Schloss und anderen prestigeträchtigen Gebäuden, in Privatbesitz des Adelsgeschlechts ‚von Adelsheim‘. Weder der Park, noch die dazugehörigen Gebäude sind regulär der Öffentlichkeit zugänglich. Diese Tatsache wird in ihrer Absurdität nur darin übertroffen, dass der gelegentlichen, eventhaften Öffnung der Anlage durch den ‚Baron‘ [sic!] mit enormer Dankbarkeit begegnet wird, der damit – ganz der mildtätige Herrscher – Adelsheim sporadisch den Glanz des Spektakels zuteil werden lässt (vgl. Stadt Adelsheim o.D.).

Die einzigen sichtbaren Formen von Raumaneignung scheinen aus einem starken Druck der Alternativlosigkeit heraus zu entstehen, etwa in Form des ohnehin ansonsten ausgestorbenen Parks, der scheinbar nachts als Rückzugsraum zum ›Feiern‹ genutzt wird, oder des vereinzelt frustrierten Graffiti. Aber selbst hier entsteht der Eindruck, dass die Form der Aneignung von weiten Teilen der Gesellschaft als anstößig empfunden wird und möglicherweise, im Bewusstsein dessen, mehr aus der Motivation zu provozieren heraus so praktiziert wird.

Das, was von Lefebvres *Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit* verbleibt, äußert sich weniger in Form von Aneignung als in der Gestalt von Vereinnahmung. Die Praxis, jeden erdenklichen Freiraum in riesigen Parzellen als Baugrund auszuweisen, auf dem Privatpersonen Eigenheime errichten können, führt dazu, dass repräsentative Orte, Wege und Ausblicke zunehmend genutzt, aber der Aneignung, der öffentlichen Nutzung und der Begegnung dauerhaft entzogen werden.

Analyse

Die vor Ort wahrgenommenen Bedürfnisse stehen oft in Konkurrenz zueinander und sind sowohl gesellschaftlicher als auch individueller Natur. Aus ihrer Beobachtung ergaben sich vier zentrale Problemfelder, die einer genaueren Analyse unterzogen wurden:

- Zersiedelung und Verfall
- Automobilität
- Sterbende Ortskerne
- Spezifische Probleme der Jugend

Diese Felder überschneiden sich, gehen auseinander hervor und beeinflussen sich gegenseitig, die Grenzziehung ist teilweise fließend. Aber sie gehen aus Geflechten von Bedürfnissen hervor, welche jeweils in Form eines konkreten Problemzusammenhangs definiert werden können. Diese Probleme gelten zum Teil nicht nur spezifisch für den ländlichen Raum, scheinen hier aber durch Landflucht und geringe Konkurrenzfähigkeit im neoliberalen System verstärkt.

Zersiedelung und Verfall

Bei der Betrachtung der Dörfer im Bauland fallen zwei Dinge besonders auf: Es gibt historische Ortskerne mit alter Bausubstanz und Einfamilienhaussiedlungen um diese Ortskerne herum. Diese alte Bausubstanz scheint zunehmend verlassen und verfallen, wohingegen die Einfamilienhaussiedlungen bewohnt wirken. Durch Gespräche vor Ort wurde deutlich, wodurch dieser Eindruck entsteht. Viele der Gebäude in den Ortszentren stehen leer oder werden nur noch von einer, meist älteren Person bewohnt. Laut Recherchen des Büro *Endboss* ist der Neckar-Odenwald-Kreis darüber hinaus der Landkreis mit dem größten Bevölkerungsrückgang in Baden-Württemberg, nicht zuletzt eine Folge der seit Jahrzehnten anhaltenden Landflucht. Somit stehen diese Gebäude früher



oder später leer, während sich die Einfamilienhaussiedlungen in den Peripherien der Orte größter Beliebtheit erfreuen.

Dafür spielen verschieden Faktoren eine Rolle. Häufig entsprechen die historischen Gebäude keinen gängigen Energiestandards und müssten (dem äußeren Anschein nach) grundlegend saniert und restauriert werden, um sie zum Beispiel als Wohnraum nutzbar zu machen. Hinzu kommt, dass alte Gebäude häufig mit Grundrissen angelegt sind, die nicht auf unsere aktuellen Lebens- und Wohnformen abgestimmt sind. Sie stehen darüber hinaus oft unter Ensemble- beziehungsweise Denkmalschutz, was die Kosten einer Sanierung und den damit verbunden Aufwand deutlich erhöht. Auch der bereits erwähnte Eigenheimfetisch spielt dabei eine Rolle. Das gängige Idealbild ist ein Einfamilienhaus im Grünen, mit großflächigem Garten und einer Hecke auf Sichthöhe. Dieser Wunsch nach dem Einfamilienhaus zeigte sich auch in einer Studie der IW Köln aus dem Jahr 2021 (vgl. Oberst/Voigtländer 2021). Die historischen Gebäude im Ortskern können diesen Wunsch schlechter erfüllen als ein Neubau und wenn dann nur mit finanziellem Mehraufwand.

»[...] die Logik des Wohngebiets ist nur im Verhältnis zur Vorstellungswelt und die Vorstellungswelt nur im Verhältnis zur Logik wahrnehmbar. [...] In diesem Verhältnis ist die Vorstellungswelt mächtiger. [...] Die Tatsache des Wohnens wird bei den einen wie bei den anderen im Verhältnis zum Eigenheim wahrgenommen.«

(Lefebvre 2016: 52)

Die alten Gebäude stehen dann, nachdem die Bewohner:innen verstorben sind, häufig leer, während die Familien die Gebäude, zum Beispiel als Wertanlage, ungenutzt in Besitz behalten. Der dauerhafte Leerstand führt, teilweise berechnend, zu schleichendem Verfall.

Dieser Verfall sollte aus verschiedenen Gründen verhindert werden. Einige der Orte existieren schon sehr lange (beispielsweise ca. 1000 Jah-

re im Falle von Schlierstadt) und die historischen Gebäude sind seit jeher prägend für die Gestalt des Ortes und der Region. Sie sind somit Identifikationsmerkmal, vor allem für Menschen die dort schon lange verwurzelt sind, können aber gemeinschaftlicher Bezugspunkt für alle Bewohner:innen sein. Darüber hinaus ist es aus der Perspektive des Denkmalschutzes bedauerlich, diese handwerklichen historischen Qualitäten zu verlieren und wünschenswert, die Geschichte des Ortes sichtbar zu erhalten. Diese Gebäude, wie etwa in Schlierstadt, abzureißen und sie durch Neubauten zu ersetzen, nimmt diesen Dörfern einen großen Teil ihrer Identität und verwandelt sie langsam zu reinen *Wohnmaschinen*.

Abgesehen von den sinnlichen Gründen für einen Erhalt dieser Gebäude, ist es in der aktuellen weltpolitischen Situation kaum angemessen existierende, tragfähige Bausubstanz abzureißen. Mit entsprechenden Maßnahmen könnten diese Gebäude durchaus für eine Wohnraumnutzung zur Verfügung stehen.

Sterbende Ortskerne

Im direkten Zusammenhang damit steht das Sterben der Ortskerne. Ein Phänomen welches die meisten Ortschaften in Deutschland betrifft, zeichnet sich im ländlichen Raum besonders stark ab. In Schlierstadt beispielsweise existiert keine Nahversorgungsmöglichkeit. Auch in Sulzbach gibt es kein Lebensmittelgeschäft. Restaurants und Cafés findet man, abgesehen von regionalen Oberzentren, nur spärlich im Bauland. Das Dorf entwickelt sich zunehmend zum ›Schlafdorf‹. Nicht nur große Städte wie Heidelberg werden zum Einkaufen genutzt, auch die regionalen Oberzentren sind für die Versorgung notwendig. So lassen sich in Buchen, Mosbach und Osterburken mehrere große Einzelhändler finden. Die Menschen erledigen die täglichen Besorgungen an ihrem Arbeitsplatz, bei großen Einzelhandelsunternehmen (EDEKA, REWE, Lidl, Aldi, etc.) oder online, wodurch kleine Geschäfte in den Dörfern nicht existieren.



tenzfähig sind. Hierdurch werden Personengruppen wie Rentner:innen oder Jugendliche benachteiligt, die über geringere Mobilität verfügen. Auch die sozialen Interaktionen verlagern sich zunehmend in die Oberzentren und verstärken den Rückgang von Gaststätten in den Dörfern.

»Das städtische Leben dringt in das Landleben vor und entzieht ihm seine traditionellen Grundlagen: Handwerk und kleine Zentren verkümmern zugunste der städtischen Zentren (Handels- und Industriezentren, Verteilnetze, Entscheidungszentren etc.).«

(Lefebvre 2016: 108)

Wenn man die Ortskerne betrachtet, fällt neben der geringen Dichte an Gaststätten und Einzelhändler:innen noch etwas auf: Es gibt kaum Interaktionsmöglichkeiten, die nicht an Konsum gebunden sind. Die öffentlichen Räume der Dörfer bieten darüber hinaus wenig

Aufenthaltsqualität. Der Wunsch nach sozialer Zentralität ist daher stark, wie der Bürgermeister von Adelsheim berichtet. Dies zeigte sich beispielsweise an dem von der evangelischen Kirchengemeinde ehrenamtlich geführten Gemeinde-Café in Adelsheim, welches von Rentner:innen stark frequentiert wird. Die Einzelhandelsunternehmen die in diesen kleinen Ortschaften existieren, können sich nur dadurch noch halten, dass sie von den Eigentümer:innen geführt sind. Sie werden folglich innerhalb der nächsten Jahre schrittweise schließen, wenn die Besitzer:innen in Rente gehen. Gewerbe, die laufenden Betriebskosten und Mieten zahlen müssten, werden sich unter Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Performance und dem immer stärker werdenden Onlinehandel nicht ansiedeln können. Zumal auch dadurch kein konsumfreier Begegnungsort entstehen würde.

Automobilität

Die Busfahrpläne in ›Badisch Sibirien‹ sind aufschlussreich, denn sie sind meistens nur nach Schulzeiten (Montag-Freitag) oder, räumlich, auf regionale Oberzentren ausgerichtet. Für die Zugverbindungen gilt Ähnliches. Manche Orte, wie Sulzbach, haben eine bessere Anbindung, die aber vor allem auf Buchen und Osterburken orientiert ist. Generell fällt auf, dass der ÖPNV schlecht ausgebaut und an manchen Stellen schlicht nicht vorhanden ist. So wird nicht nur der Schulweg innerhalb von Adelsheim im Wesentlichen von den privaten PKWs der Eltern bestritten - eine Exkursion wäre ohne Autos nicht möglich gewesen. Die Vernetzung der einzelnen Ortschaften untereinander ist durch den ÖPNV nicht gegeben, weshalb dafür das Auto als zentrales Verkehrsmittel genutzt werden muss.

Somit wird das Auto zum Teilhabekriterium am sozialen Leben und notwendig für die Deckung elementarer Grundbedürfnisse wie Lebensmittel. Die fehlenden ›dezentralen Zentralitäten‹ sorgen dafür, dass Be-

sorgungen größtenteils nicht im Wohnort oder fußläufig, sondern nur in den regionalen Oberzentren möglich sind. Durch die Herabstufung der Dörfer zum ›billigen Wohnraum‹ wird dieser Effekt weiter verstärkt. Ähnlich wie das reine Wohngebiet in Städten verfestigt sich eine Nutzungstrennung, innerhalb der im Dorf nur Wohnen, aber kein Leben möglich ist (Arbeiten, Grundsicherung, Soziale Interaktion, etc.). Lefebvre eröffnet den Unterschied zwischen *habitat* (Wohngebiet) und *habiter* (Wohnen/Leben), und beschreibt damit präzise diese Entwertung:

»Bis anhin bedeutete 'wohnen' (frz. habiter), am gesellschaftlichen Leben, an einer Gemeinschaft, einem Dorf oder einer Stadt teilzuhaben.«

(Lefebvre 2016: 46)

Die autogerechte Planung zeigt sich auch auf dem Dorf deutlich und es finden sich viele Ortschaften in denen die zentralen Dorfplätze von einer Straße zerschnitten werden: Adelsheim ist hierfür ein Beispiel, auch Billigheim hat dieses Los gezogen. Diese fehlende Aufenthaltsqualität lässt sich in den Dörfern spüren und nicht nur in Adelsheim ist diese Verkehrsplanung bisweilen lebensgefährlich (vgl. Polizei Mosbach 2013). Sie verstärkt darüber hinaus die Effekte von Zersiedelung, sterbenden Ortskernen und deren Verfall. Die Orte, an denen die Gemeinde ursprünglich zusammenkommen konnte, existieren so nicht mehr - sie sind jetzt Hauptverkehrsstraßen. Darüber können lokale Weltmarktführer ihre Logistik abwickeln, die Bürger:innen morgens zur Arbeit fahren, abends zurückkommen und Samstags geht's zum shoppen ins Wertheim Village. Die frühere soziale und räumliche Zentralität wurde auf dem Altar des wirtschaftlichen Fortschritts geopfert. Trotzdem berichtete der Bürgermeister von Adelsheim von dem Wunsch der Bürger:innen nach mehr Parkplätzen im öffentlichen Raum und davon, dass die Parkplatzsatzung (Baurecht) die Umnutzung leerstehender Gebäude behindert, da nicht mehr Parkfläche geschaffen werden kann.



Auch eigene Erfahrungen aus dem ländlichen Raum in Bayern und Thüringen bestätigen, dass man im ländlichen Raum aktuell absolut abhängig von Individualverkehr ist. Gleichzeitig besteht ein gewisser ›Autofetisch‹, es wird als Statussymbol angesehen (neben dem Einfamilienhaus) und ist fester Bestandteil der Lebensrealität. Die Bequemlichkeit der immer verfügbaren Mobilität ist nicht zu bestreiten, aber es stellt sich - von ökologischen Bedenken ganz abgesehen - die Frage, wer davon benachteiligt wird. Jugendliche und Kinder können nicht selbst Auto fahren, Rentner:innen können es eventuell nicht mehr oder nicht mehr sicher und es existieren verschiedenste andere Gründe, nicht Auto fahren zu können, zu dürfen oder zu wollen. Auch diese Menschen haben ein *Recht auf Dorf*, auf soziale Interaktionen, auf Grundsicherung, auf Mobilität.

Spezifische Probleme der Jugend

Es lassen sich zwei Gruppen feststellen, die aufgrund ihres Alters andere Bedürfnisse haben als der Rest der Gesellschaft: Jugendliche und Rentner:innen. Letztere haben vor allem ein Mobilitätsproblem durch die fehlenden räumlichen Zentralitäten wie Einzelhandel, Gastronomie und soziale Interaktionspunkte. Die Probleme der Jugend nehmen eine Sonderrolle ein, allen voran weil ihnen zumeist keine Autonomie zugesprochen wird. Die kulturellen Unterschiede zwischen Stadt und Land verschwimmen bei Jugendlichen zunehmend, durch das Internet als Sozialraum und Vernetzungswerkzeug. Durch soziale Netzwerke gewinnt auch die Vorstellungswelt des Städtischen bei Jugendlichen im ländlichen Raum an Bedeutung:

»Im Allgemeinen trägt die Jugend als Altersgruppe aktiv zu dieser raschen Übernahme der aus der Stadt kommenden Dinge und Repräsentationen bei.«

(Lefebvre 2016: 40)

Die Lebensrealität der ländlichen Jugendlichen unterscheidet sich in Bezug auf Bildungsstand und Sozialisation nicht wesentlich von der städtischen Jugend, aber sie können aus der Stadt übernommene Ideale dank fehlender Angebote nicht ausleben. Im Gegensatz zu Erwachsenen sind Jugendliche kaum mobil. Sie sind abhängig von ÖPNV und der Mobilität der Eltern. Wie erläutert ist der ÖPNV schlecht ausgebaut und die Eltern arbeiten oft in einem der Oberzentren. Somit müssen die Aktivitäten, die Jugendlichen zur Verfügung stehen in direkter Umgebung zum Wohnort liegen. Neben Sportvereinen und der Landjugend ließ sich nur ein selbstverwalteter Bauwagen in Hemsbach finden, welcher von Jugendlichen als Aktion geschaffen wurde (vgl. Käflein 2019).



Aber diese Angebote schließen immer nur einen gewissen Teil der Jugend ein, so gibt es zum Beispiel in Adelsheim Jugendliche, welche sich von den vorhandenen Angeboten nicht angesprochen fühlen. Die wenigen Angebote für die Jugend (mit Ausnahme des Bauwagens) kommen oft von oben herab, von den Erwachsenen, die damit ein gewisses Ordnungsbedürfnis für sich erfüllen. Die Alternative kann man an den Mülleimern in Osterburken ablesen: Trinken im Park.

Die unerfüllten Bedürfnisse der Jugend führen zu einem Streben nach der Stadt, obwohl in Baden-Württemberg 90% der Jugendlichen auf dem Land eigentlich zufrieden mit ihrem Wohnort sind (vgl. Antes/Wenzl/Wichmann 2022). Sie benötigen selbstverwaltete, unüberwachte Orte an denen sie ihre Kreativität und Autonomie ausleben können, unabhängig von Ordnungsbedürfnissen der Erwachsenen.

Probleme und Potentiale

Verlieren im Neoliberalismus

»Governance systems should be designed with one purpose in mind: to address the grave multiple crises concerning the re-production of both social and ecological nature, while at the same time promoting a good life for all.«

(De Angelis 2022: 97)

Unser aktuelles Wirtschaftssystem orientiert sich an Wachstum als hauptsächlichem Bewertungsfaktor des Wohlstands und als Kriterium für politische Entscheidungen. Folglich sind die meisten Entscheidungssystematiken auf Wachstum als Kriterium ausgelegt, auch in der Planung. Der ländliche Raum steht, wenn dieser wirtschaftliche Maßstab angelegt wird, meist als Verlierer im System da. Er kann selten mit der ökonomischen Performance von städtischen Räumen konkurrieren. Damit steht in Zusammenhang, dass Entscheidungssystematiken, Infrastrukturmaßnahmen und Institutionen in den Oberzentren angesiedelt sind, wodurch strukturelle Entscheidungen oft auch von diesen aus gedacht und auf diese ausgerichtet werden. Diese Entscheidungssystematik sorgt dafür, dass das Bauland zu Bau-Land verdammt ist. Viele der oben erwähnten Probleme entstehen aus diesem Fokus auf wirtschaftliche Performance:



- Mögliche Soziale und räumliche Zentralitäten siedeln sich in der Stadt an, da sie nach wirtschaftlichen Kriterien funktionieren müssen, dadurch verschwinden sie zunehmend im ländlichen Raum.
- ÖPNV-Systeme sind rein funktional auf Arbeitswege und somit auf die Oberzentren ausgerichtet und es wird zu wenig in neue Infrastruktur investiert.
- Ortschaften zersiedeln sich und verfallen, da, wie in Schlierstadt, rein wirtschaftlich gehandelt wird um den Ort überhaupt zu erhalten.
- Wenn der ländliche Raum einer Wachstumslogik folgt, ist er auf große Investitionen angewiesen, um diese Defizite auszugleichen. Diese kommen, wenn überhaupt, meistens von großen Unternehmen, welche sich mit Blick auf harte, wirtschaftliche Kriterien (billige Arbeitskraft und Grundpreise) dort ansiedeln. Diese Investitionen werden von den Gemeinden umworben, obwohl sie oft die beschriebenen Mechanismen weiter verstärken

Gewinnen im Postwachstum

Der ländliche Raum bietet viele Qualitäten wenn man außerhalb der kapitalistischen Wachstumslogik denkt. Begonnen dabei, dass Kommodifizierung und Neoliberalisierung hier noch nicht so stark fortgeschritten sind wie in städtischen Kontexten. Diese existierenden Qualitäten finden kaum Beachtung, stellen aber Potentiale für eine Postwachstumsgesellschaft dar.

Die Postwachstumsidee sieht als Bewertungskriterium gesellschaftliche Bedürfnisse an und versucht aus dem Wachstumsstreben auszubrechen. Diese Bedürfnisse existieren, und sie werden aktuell nicht erfüllt, was zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt, die, laut dem Büro *Endboss*, kaum Hoffnung auf Veränderungen hat. Obwohl die Menschen, wie in Adelsheim, meist offen für Veränderungen zu sein scheinen, ge-



hen viele davon aus, dass andere Bewohner:innen nicht bereit dafür wären: »Adelsheim sind immer die Anderen!«, denn »mit den Adelsheimer:innen«, sind sich alle einig, »geht sowas nie!« Es gibt zwar wenig Hoffnung in der Bevölkerung, dafür aber das Verlangen nach Veränderung.

Eine Folge der Wachstumsausrichtung ist die bereits erwähnte Konzentration von sozialen Zentralitäten und Institutionen in Oberzentren. Um die Bedürfnisse der Landbevölkerung zu stillen, benötigt es diese aber auch auf dem Land. Zur Herstellung dieser sozialen und räumlichen Zentralitäten gibt es auf dem Land prinzipiell gute Grundvoraussetzungen wie:

- Günstige Grundstücks- und Gebäudepreise
- Wohnungs- und Gewerbeleerstand
- Flächen für Selbstversorgung

Darüber hinaus bietet der ländliche Raum gegenüber Städten grundlegende Qualitäten für ein gesünderes Leben wie geringere Umwelt- und Luftverschmutzung. Weitere Verzüge des Ländlichen sind seine sinnliche Qualität in Form von pittoresken Orte und ursprünglicherer Natur. Im Gegensatz zur Stadt funktionieren die Ortschaften zu großen Teilen (noch) nicht als »Ort des Konsums und Konsum des Orts« (Lefebvre 2016: 183). Sie wirken tendenziell Gebrauchswertorientiert. Sie werden noch genutzt und benutzt, sind Lebensort, auch wenn sie zunehmend zu *Habitaten*, zu *Wohnmaschinen* werden.

Das Recht auf Dorf

Auftritt LEFEBVRE.

Was also ist dieses *Recht auf Dorf*, was kann es, was muss es sein? Viele der Forderungen, die Lefebvre in seinem *Recht auf Stadt* formuliert, gelten auch für das Ländliche. Zum Einen, weil seine Beobachtungen sich nicht nur auf eine städtische Gesellschaft im engen Sinne beschränken, sondern Mechanismen einer spätkapitalistischen Realität im Allgemeinen kritisieren. Zum Anderen, weil das urbane Gewebe sich durch Mobilität und Kommunikationsformen der modernen Gesellschaft soweit ausgebreitet und verallgegenwärtigt hat, dass die Situation der Landbevölkerung bis zu einem gewissen Grad der einer urbanen Gesellschaft im Sinne Lefebvres entspricht. Für diese gelten gleichermaßen die von ihm formulierten Bedürfnisse und Kriterien des *Urbanen*, nach Zentralität, Unterschiedlichkeit und Aneignung, das *Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit* und die Notwendigkeit des *Werkes* als Voraussetzung für die Ermöglichung des Verunmöglichten.

Auch diese Verunmöglichung folgt den Mechanismen, die Lefebvre schon vor über 50 Jahren in der urbanisierten Gesellschaft erkannte. Sie

scheinen sich gegenüber der damaligen Situation eher verfestigt zu haben, und treten im ›abgehängten‹ strukturschwachen Raum sogar noch deutlicher zutage. So finden sich gerade auf dem Dorf verschiedenste Beispiele für ungestillte Bedürfnisse und beinahe ubiquitäre Wünsche, die lediglich aufgrund systemischer Zusammenhänge keine Perspektive auf Erfüllung haben. Nur die übermächtige Logik des Privatunternehmens und -eigentums, der Wirtschaftlichkeit und des Wachstums als einzig zulässigem Maßstab verhindert, dass diese Bedürfnisse befriedigt werden.

Auftritt POSTWACHSTUMSÖKONOMIE.

Um diese Herausforderung zu adressieren bieten sich Strategien der Postwachstumsbewegung an. In der aktuell gängigen, ›klassischen‹ wachstumsorientierten Planung legen Planer:innen einen Rahmen fest, der von Projekten ausgefüllt werden kann. Die tatsächliche Triebkraft, der Motor, der diesen Rahmen mit physischer und sozialer Realität füllt, ist das Streben nach Wachstum - entweder in Form privatwirtschaftlicher Unternehmungen oder in Form öffentlicher Projekte, die in ihrer Motivation oder zumindest ihren Bewertungsmaßstäben ähnlichen Kriterien von Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Wachstum folgen. Eine Postwachstumsplanung muss daher Planungsinstrumente entwickeln, durch die dieser Motor ersetzt wird, und sein Ersatz liegt auf der Hand: die gesellschaftlichen Bedürfnisse, deren Existenz ohnehin der Anstoß für das meiste planerische Handeln ist, die aber bisher immer nur verzerrt durch den Maßstab der wirtschaftlichen Verwertbarkeit einfließen können. Das *Recht auf Dorf* muss also so verwirklicht werden, dass die ihm zugrunde liegenden sozialen Bedürfnisse *direkt* eine Realität innerhalb eines planerischen Rahmens formen können.

Auftritt BIRK, FELLER, STRULLER, *sich aus einem Fenster lehnd.*

Um für das dörfliche *Urbane* überhaupt einen Rahmen zu schaffen, müssen also Räume eröffnet werden, die sich kapitalistischen Logiken entziehen. Daraus ergibt sich auch die Rolle von Planer:innen in diesem Prozess. Um solche Räume innerhalb der neoliberalen Realität zu eröffnen, benötigt es einen gewissen strukturellen und organisatorischen Kraftaufwand. Der (zumindest wahrgenommene) Wachstumszwang unseres Systems baut einen ständigen Druck auf nicht ökonomisch erschlossene Räume auf, gegen den potentielle Interventionen sich nicht nur in ihrer Entstehung behaupten müssen. Die Verwirklichung des *Rechts auf Dorf* muss auch darüber hinaus in der Lage sein, ein *kontinuierliches Vakuum* aufrechtzuerhalten, in dessen Freiraum sich das *Urbane* regenerieren kann. Und gerade darin begründet sich das besondere Potential des strukturschwachen Raumes: der ökonomische Druck ist verhältnismäßig geringer. Diese Disposition als Chance statt als Nachteil zu begreifen ist unvermeidlich.

Diese Räume müssen frei von wirtschaftlichen Zwängen sein, aber sie müssen darüber hinaus auch frei von anderen Zwängen sein, die sich aus unreflektierten oder überreflektierten Annahmen und Setzungen von Planer:innen und Politiker:innen ergeben können. Diese Räume dürfen nicht konsumiert werden, dürfen nicht einmal konsumierbar sein und dürfen sich genauso wenig zur Vereinnahmung anbieten. Sie müssen aneigenbar sein.

3. Aufzug // Experimentelle Utopie

STRATEGIE.
INTERVENTIONEN.
FORDERUNGEN.

Strategie

»Vorsicht! Revolution oder Tod...« Was nicht bedeutet: »Lasst uns für die Revolution sterben«, sondern im Gegenteil: »Wenn ihr nicht wollt, dass wir sterben, dann macht die Revolution, schnell, total.« Diese weltweite, totale Revolution müsste die Macht beenden, jene Macht, die die Menschenwesen und das Wesen des »Menschen« beherrscht. [...] Diese Revolution würde die Macht beenden, indem sie sie durch Fähigkeiten ersetzen würde, die Fähigkeit der Aneignung und der Wiederaneignung.«

(Lefebvre 2016: 203 f.)

Lefebvre beschränkt sich in seinem *Recht auf Stadt* nicht darauf, Missstände, Forderungen und Ziele zu benennen, sondern setzt sich auch mit dem Modus und den Instrumenten der Veränderung auseinander. Seine strategischen Positionen beschränken sich dabei nicht nur auf eine Verortung innerhalb des Spannungsfeldes von Evolution und Revolution. Ausgehend von einem Verständnis der städtischen Gesellschaft als Bewahrerin des Sinnes für den Gebrauchswert, erläutert er inwiefern und wie sich das *Urbane* seiner eigenen Befreiung annehmen kann (vgl. Lefebvre 2016: 180).

Bottom-Up

Lefebvre wirft die Frage auf, welchen gesellschaftlichen Akteur:innen man die »Verwirklichung einer Zentralität und eines erneuerten Gewebes vor Ort [...] anvertrauen [kann]« (Lefebvre 2016: 110), da für ihn die städtische Problematik mit einer »Krise der Institutionen« einhergeht (ebd.: 141). Er zeigt auf, dass die Komplexität der städtischen Realität, Bedeutungsaufloadungen und Konflikte nicht durch Politiker:innen, Planer:innen, Expert:innen oder gar Unternehmer:innen zur Synthese gebracht werden, sondern lediglich in einem dialektischen Voran(b)ringen von politischen - also gesellschaftlichen - Kräften angenähert werden kann (vgl. ebd.: 173).

»Nur gesellschaftliche Gruppen, [...] die zur revolutionären Initiative fähig sind, können sich der Lösung der städtischen Probleme annehmen [...]; die erneuerte Stadt wird das Werk dieser gesellschaftlichen und politischen Kräfte werden.«

(Lefebvre 2016: 159)

Das Recht auf das *Werk* beinhaltet für Lefebvre das Recht an dessen Schöpfung mitzuwirken (vgl. Lefebvre 2016: 189), und eben dieses *Werk* der Städter ist das *Urbane* (vgl. ebd.: 105). Doch beschränkt er sich nicht darauf, die Aufgabe der Erneuerung einer diffusen, städtischen Gesamtbevölkerung zuzuschreiben. Die Initiative dafür sieht er, ganz in marxistischer Tradition, bei der Arbeiter:innenklasse (vgl. ebd.: 159 f.), »nur [sie] kann Akteur [...] dieser Verwirklichung werden« (ebd.: 166). Er konkretisiert den Begriff jedoch in eine auch im neoliberalen Kapitalismus gültige Form, wenn er die Arbeiter:innenklasse als »all jene, die eine gut arrangierte Alltäglichkeit erdulden« versteht, eine Alltäglichkeit, die den »Erfordernissen der Machtkonzentration« unterworfen ist (ebd.: 171): »Das undramatische Elend [...] der Vorstädter« (ebd.: 166 f.).

Die institutionelle, planerische Praxis der *Partizipation* lehnt Lefebvre ab. In ihr sieht er lediglich den Versuch, mit geringem Aufwand ein möglichst hohes Maß an Zustimmung der Betroffenen zu erlangen und fragt provokativ, ob »denn nicht klar [ist], dass die tatsächliche, aktive Mitwirkung bereits einen Namen trägt? Sie heißt *Selbstverwaltung*« (Lefebvre 2016: 147, Hervorhebung im Original). Die Aufgabe von Planer:innen liegt demnach darin, vorhandene gesellschaftliche Strömungen dabei zu unterstützen, sich zu formulieren, also: Form anzunehmen (vgl. ebd.: 154):

»Das Urbane kann sich nur einer Strategie anvertrauen, die [...] die tatsächliche Verwirklichung der urbanen Gesellschaft [...] in den Vordergrund stellt.«

(Lefebvre 2016: 126 f.)

Experimentelle Utopie

Doch auch die Art und Weise wie diese Annäherung an eine Synthese vorstattgehen kann, muss einer dialektischen Herangehensweise folgen, kann nur in Form einer *Praxis* sein (vgl. Lefebvre 2016: 144). Lefebvre fordert ein »politisches Programm der Stadtreform« (ebd.: 160), das den gesellschaftlichen Akteur:innen in der Form modellhafter urbanistischer Projekte *vorgeschlagen* werden soll (vgl. ebd.: 160 f.). Er nennt dieses Vorgehen *experimentelle Utopie*, auf Basis der *Transduktion* (vgl. ebd.: 154 f.):

»[Die] Konstruktion eines virtuellen Gegenstandes, dem man sich über Versuchsdaten her nähert.«

(ebd.: 176)

Planung muss utopisch in ihrem Bestreben sein, aber sie kann das Utopische nicht für sich beanspruchen, weder auf intellektueller Ebene, noch in ihrer Realisierung. Es bedarf Vorschlägen, Angeboten, Raumöffnungen, die getrieben sind von einem virtuellen Besseren, »unter einer Bedingung: diese bruchstückhaften, somit partiellen Versuche nie der Kritik, der praktischen Verifizierung, dem Gesamtanliegen zu entziehen.« (Lefebvre 2016: 158)

Das Recht auf Dorf in der planerischen Praxis

Diese strategischen Überlegungen unterscheiden zwischen der Rolle, die gesellschaftlichen Kräften zukommt und den Aufgaben, die Planer:innen dabei übernehmen können. Diese Unterscheidung ist zentraler Ausgangspunkt, um konkrete Planungsprozesse und -vorhaben zu entwi-

ckeln. Dabei muss nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form dieser Planungsprojekte vom gegenwärtigen *status quo* abweichen. Das *Recht auf Dorf* muss erarbeitet, er-lebt und manchmal auch erkämpft werden, aber es kann nicht *er-plant* werden. Planerische Eingriffe können das *Recht auf Dorf* nicht *verwirklichen*, sie können es nur *ermöglichen*.

Interventionen

Um sich dieser Ermöglichung zu nähern, werden im Folgenden vier beispielhafte Interventionen für Gemeinden im Bauland vorgeschlagen. Sie eröffnen Räume, die von den Menschen vor Ort ausgefüllt werden können und müssen. Ausgehend von vorhandenen, unerfüllten Bedürfnissen, behandeln sie unterschiedliche Problemfelder, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben oder konkrete Ausformungen vorzugeben. Sie alle sind, im Vergleich zu klassischen Planungsprojekten, mit relativ geringem Aufwand durchführbar. Die Interventionen folgen im Sinne der experimentellen Utopie dem Muster, dass sie in relativ kleinem Maßstab eingeführt werden, aber skaliert und dabei gegebenenfalls verändert werden können - sofern sie einer Überprüfung in der Praxis standhalten.

Soziale Zentralität
Nahversorgung
Schöpferische Tätigkeit

BEDÜRFNISSE

INTERESSIERTE

Projektbewerbung

BEIRAT AUS BÜRGER:INNEN

Räume MIETFREI vergeben

Gewerbe- / Produktionsleerstand
Interaktionsmöglichkeiten
Recht auf Nicht-Konsum

PROBLEME
BEDÜRFNISSE

GEMEINDE

Bestandsaufnahme: Was ist leer?
Ab wann wird was leer?

Auswahl von geeigneten Räumen

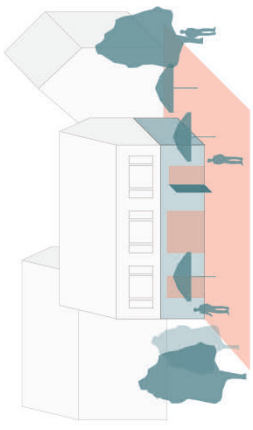
Nutzungsverhältnis klären:
Kaufen, Mieten, Kooperation

PROJEKTAUSWAHL

Räumlichkeiten

NUTZUNGSPROJEKT

ÖKONOMIE
Zeit



Intervention I // SozialLokale

Die Ortskerne innerhalb der Baulandregion sind geprägt durch Ladenlokale, die vorwiegend von Eigentümer:innen der einzelnen Immobilien betrieben werden. Durch das steigende Alter der Besitzer:innen verschwinden zunehmend vorhandene Strukturen, während potentielle neue Initiativen gezwungen wären, sich in Räumlichkeiten einzumieten. Da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenüber Städten meist schlechter sind, ist das selten rentabel und viele vorhandene Ladenlokale stehen leer. Bestehende Städtebauförderungsprogramme sehen bereits mögliche Zwischennutzungen in leerstehenden Gebäuden vor. Diese beziehen sich jedoch auf die Ausnutzung von ökonomischen Ressourcen in Oberzentren oder versuchen in Form von einmaligen Förderungen privatwirtschaftlichen Unternehmungen Starthilfe zu leisten (vgl. BBSR 2018; vgl. MLR-BW o.D.). Der Versuch, dem ländlichen Raum einen punktuellen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, kann jedoch die strukturellen Nachteile nicht abschaffen und ist in den meisten Fällen nicht geeignet, ungestillte soziale Bedürfnisse zu adressieren. Im Rahmen dieser Intervention sollen solche leerstehenden Ladenlokale mietfrei für sozial wirksame Initiativen zur Verfügung gestellt werden.

Um das Projekt umzusetzen muss zunächst von der Gemeinde der Bestand aufgenommen und analysiert werden. Dabei wird dokumentiert, was momentan bereits leer steht und welche Gebäude durch anstehende Ruhestände der Eigentümer:innen dem Leerstand geweiht sind. Im Anschluss daran werden für die Maßnahme geeignete Räumlichkeiten ausgewählt und Nutzungsverhältnisse geklärt, indem entschieden wird, ob die Gemeinde die Lokale aufkaufen, anmieten oder eine anderweitige Kooperation mit den Eigentümer:innen eingehen kann. Parallel dazu wird das Projekt nach außen an potentielle Interessent:innen kommuniziert, die sich mit einem Projektvorschlag bewerben können. Ein Beirat

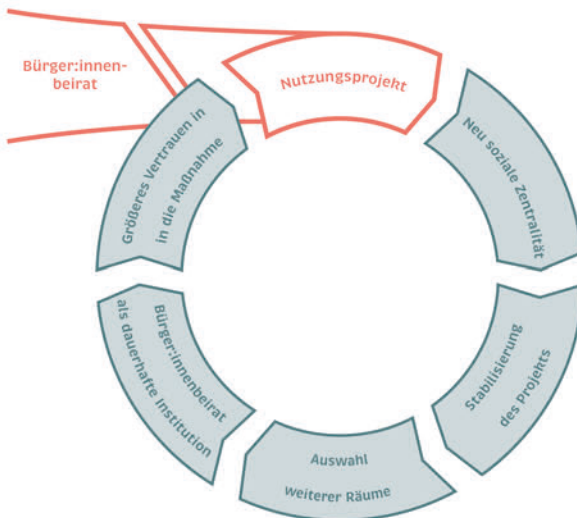


aus Bürger:innen trifft nun die Projektauswahl mit dem hauptsächlichen Kriterium, welchen gesellschaftlichen Mehrwert die vorgeschlagenen Initiativen für die Gemeinschaft haben. So können unterschiedlichste Nutzungen für die leerstehenden Ladenlokale entstehen. Ob offene Werkstatt, solidarisches Gemeindecafé ohne Konsumzwang, kooperativer Veranstaltungsraum oder eine genossenschaftliche Bar, allein die Bürger:innen entscheiden, was benötigt und umgesetzt wird.

Der Intervention ›SozialLokale‹ liegen soziale Bedürfnisse zu Grunde, welche durch diese erfüllt werden können. Im Fokus steht hierbei die Produktion von sozialen Zentralitäten, die aktuell im Bauland, wie bereits erläutert, im wesentlichen in Form von Vereinen oder Kirchengemeinden eher unzureichend abgedeckt sind. Darüber hinaus kann die Intervention Wünsche nach Interaktionsmöglichkeiten mit dem öffentlichen Raum, Nahversorgungsmöglichkeiten und das Recht auf Nicht-Konsum adressieren. Durch die Bereitstellung von Ladenlokalen durch die Gemeinde und die Auswahl der Projekte nach Kriterien des Gemein-

wohls, wird der Gebrauchswert in Bezug auf soziale Bedürfnisse vor Maßstäbe von wirtschaftlicher Performance gestellt, was als Element einer Postwachstumsökonomie verstanden werden kann. Das *Recht auf Dorf* im Sinne Lefebvres äußert sich dahingehend, dass die konkrete Ausgestaltung der Projekte und Bewertungsmaßstäbe durch die beteiligten Mitglieder der Gesellschaft bestimmt wird (Projektschaffende, Bürger:innenbeirat).

Als zentraler Motor wirkt hier das *Bedürfnis nach schöpferischer Tätigkeit*, das im *status quo* durch Maßstäbe wirtschaftlicher Performance eingeschränkt wird: eine Unternehmung muss rentabel genug sein, um einen Lebensunterhalt zu finanzieren. Die Intervention mildert dieses Kriterium ab und übersetzt es in einen gemeinwohlorientierten Maßstab - nicht als Wirtschaftsförderungsmaßnahme, sondern ergebnisoffen als *kontinuierliches Vakuum* in Form einer Investition in soziale Infrastruktur.

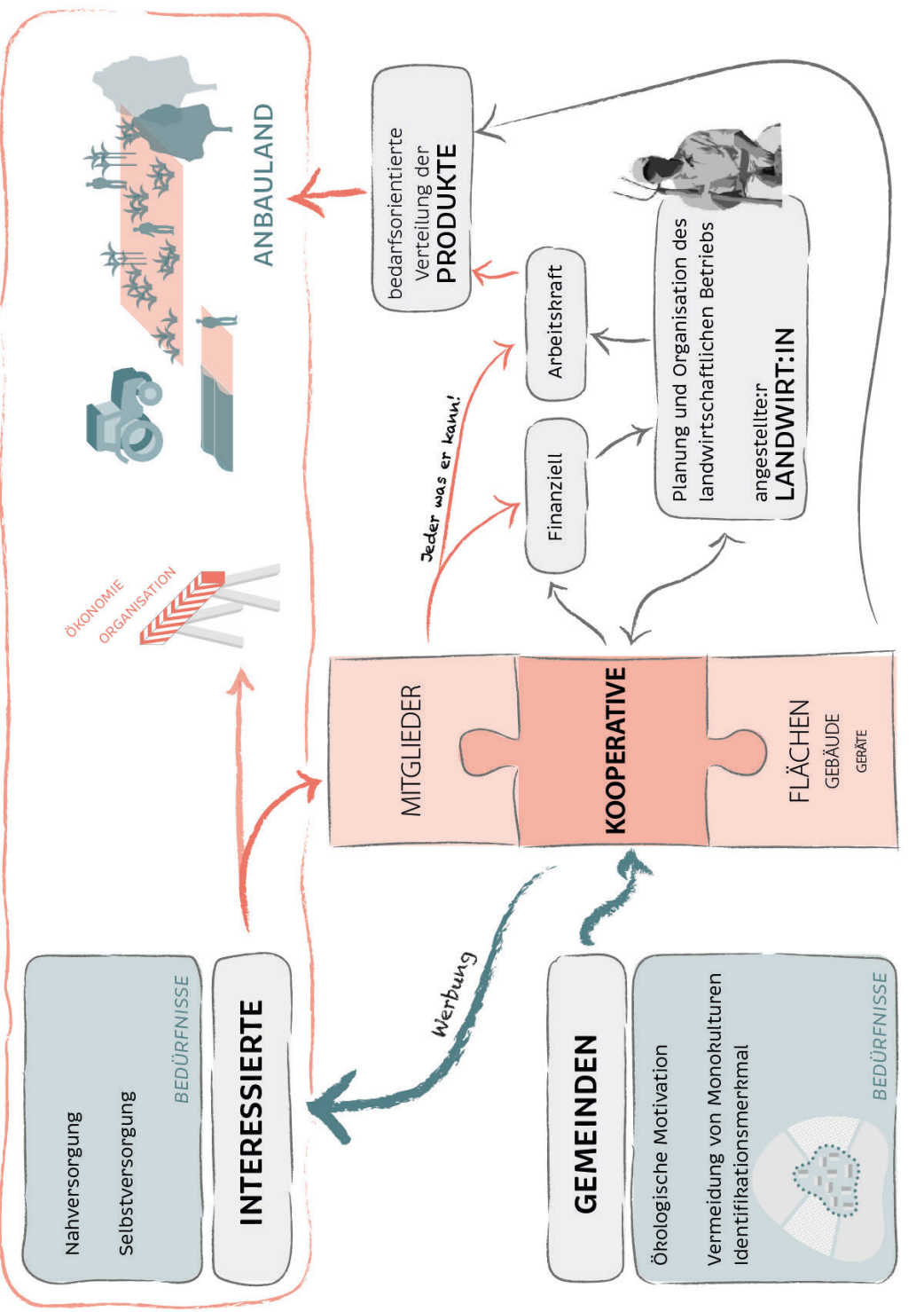


Ausgehend von einem initialen Pilotprojekt lässt sich die Institution der SozialLokale skalieren. Damit das geschehen kann ist es notwendig, dass sie von den Bürger:innen angenommen wird, der Beirat als feste Institution etabliert wird und sich infolge dessen weitere Interessierte finden, um Projekte umzusetzen. Wenn diese Rahmenbedingungen aus dem Projekt hervorgehen, können weitere SozialLokale entstehen und somit ein diverses Angebot an sozialen Zentralitäten und Versorgungsmöglichkeiten (wieder)hergestellt werden. Dieser Wirkungskreislauf, der Prozess der experimentellen Utopie, zeigt gleichzeitig mögliche Sollbruchstellen auf, an denen die Intervention einer Überprüfung in der Praxis standhalten muss, da formal nur ein organisatorischer Rahmen angeboten wird, der von den Menschen im Bauland gefüllt und aufrecht erhalten werden muss.

Intervention II // AnBauland

Badisch Sibirien ist geprägt von großen Agrarflächen, meist in für die industrielle Landwirtschaft üblichen Monokulturen. Aufgrund der infrastrukturellen Ausrichtung auf die Oberzentren (z.B. Mosbach, Buchen, Heidelberg, Heilbronn, Würzburg) und den Anschluss an überregionale wirtschaftliche Zusammenhänge gibt es einen Mangel an lokaler Nahversorgung in den einzelnen Gemeinden. In diesem Zusammenhang existieren verschiedene Initiativen im ländlichen Raum, die sich mit Nah- und Selbstversorgung durch die örtliche Landwirtschaft beschäftigen. So ist zum Beispiel das Prinzip der solidarischen Landwirtschaft zu nennen (vgl. Netzwerk Solidarische Landwirtschaft 2023), oder auch vereinzelt Pilotprojekte für kooperative Landwirtschaft (vgl. Gemeinschaft Schloss Tempelhof o.D.). Dabei handelt es sich meist um private Organisationen,





ÖKONOMIE
ORGANISATION

Nahversorgung
Selbstversorgung

BEDÜRFNISSE

INTERESSIERTE

bedarfsorientierte
Verteilung der
PRODUKTE

Jeder was er kann!

GEMEINDEN

Ökologische Motivation
Vermeidung von Monokulturen
Identifikationsmerkmal

BEDÜRFNISSE

MITGLIEDER

KOOPERATIVE

FLÄCHEN
GEBÄUDE
GERÄTE

Planung und Organisation des
landwirtschaftlichen Betriebs
angestellte:r
LANDWIRT:IN

Arbeitskraft

Finanziell

ANBAULAND

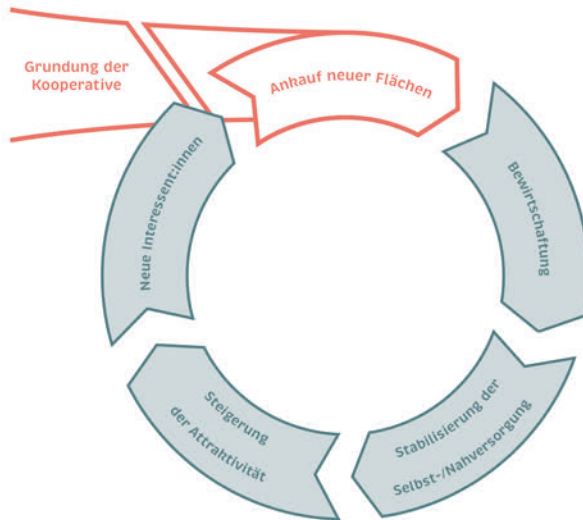
Werbung

die entweder an einen bestehenden privatwirtschaftlichen Betrieb angegliedert werden, oder mit hohen finanziellen Aufwänden und Risiken durch die Mitglieder einhergehen. Um nun im Bauland die ökologische Diversität und die Landwirtschaft als Identifikationsmerkmal zu erhalten oder wiederherzustellen, soll im Rahmen dieser Intervention Land von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, das in Form einer Kooperative zur Selbstversorgung genutzt werden kann.

Grundlage dafür ist ein Zusammenschluss mehrerer Gemeinden zur Gründung einer genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Kooperative. Bereits in der Aufbauphase kann das Projekt an Interessent:innen kommuniziert werden, um frühzeitig Mitglieder zu gewinnen. Die Kooperative erwirbt Wirtschaftsgebäude, Geräte und landwirtschaftlichen Flächen im räumlichen Bezugsraum, die initiale finanzielle Last wird von den Gemeinden und übergeordneten Verwaltungsebenen getragen. Innerhalb der Kooperative muss ein:e hauptamtliche:r Landwirt:in angestellt werden, die:der den landwirtschaftlichen Betrieb plant und organisiert. Der kontinuierliche Ressourcenaufwand wird solidarisch teilweise von den Mitgliedern getragen, die sich in Abhängigkeit von ihren Möglichkeiten zu unterschiedlichen Teilen finanziell oder durch Arbeitskraft beteiligen. Die entstehenden Produkte werden bedarfsorientiert auf die Mitglieder verteilt.

Die Intervention adressiert neben Versorgungsbedürfnissen auch Wünsche nach einem diversen Landschaftsbild, ökologischer Nachhaltigkeit und einer transparenten Lebensmittelproduktion. Die kommunale Landwirtschaftskooperative wird im Sinne einer Postwachstumsökonomie durch soziale Bedürfnisse ausgestaltet und ermöglicht eine subsistente Versorgung. Da die Entscheidungen über Umsetzung und Ausgestaltung bei den Beteiligten verbleibt, entspricht sie dem *Recht auf Dorf* im Sinne Lefebvres.

Als zentraler Motor wirkt hier das *Bedürfnis nach Nahversorgung* der lokalen Bevölkerung und das *Bedürfnis nach Selbstversorgung* der Postwachstumsgesellschaft, die im *status quo* durch den finanziellen und or-



organisatorischen Aufwand eingeschränkt werden: umfassende agrarische (Selbst-)versorgung erfordert einen hohen initialen finanziellen Aufwand und fachliche Expertise in der Umsetzung. Außerdem muss sie einen gewissen kollektiven Maßstab erreichen, um effizient praktiziert werden zu können. Durch die Intervention wird diese Last von den politischen Ebenen getragen, als *kontinuierliches Vakuum* in Form einer dauerhaft dem industriellen, privatwirtschaftlichen Agrarbetrieb entzogenen Selbstversorgungsstruktur.

Die Intervention beginnt mit der Gründung der Genossenschaft und dem Erwerb von Flächen. Wenn sich durch die Bewirtschaftung die Versorgung und die Organisationsstruktur stabilisiert, steigt die Attraktivität des Projektes und neue Interessent:innen können aufgenommen werden. Wenn die experimentelle Utopie so gelingt, kann das Projekt durch den Ankauf weiterer Flächen kontinuierlich skalieren.

Intervention III // InBestandSetzung

Die durch Eigentum geleitete Wohnraumproblematik ist ein akutes, gesamtgesellschaftliches Phänomen, aber sie hat im Ländlichen andere Charakteristiken als in der Stadt. In den Gemeinden des Baulandes existiert beinahe kein mietbarer Wohnraum. Wohnen bedeutet hier: ein Haus kaufen oder eines bauen. Obwohl dadurch ein ungestillter Bedarf besteht, leiden die oft historischen Gebäude in den Ortskernen unter Leerstand und verfallen durch die fehlende Wohnnutzung zunehmend. Der Leerstand von potentielltem Wohnraum ist kein exklusives Problem des ländlichen Raumes. In größeren Städten, wie beispielsweise Amsterdam, Barcelona oder Berlin, hat sich eine Besetzer:innenszene dieses Problems angenommen, um einen existentiellen, temporären oder kreativen Bedarf nach Wohn- und Entfaltungsraum zu decken (vgl. Tekath 2020). Dies



Bedarf nach Wohnraum

existentiell
kreativ
temporär

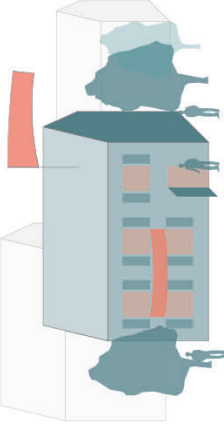
BEDÜRFNISSE

INTERESSIERTE

LEGALITÄT
LEGITIMITÄT



BESETZUNGSPROJEKT

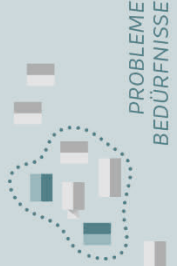


**BESETZUNGS
SPRECHSTUNDE**

Vorabinformation
Kooperation (Infrastruktur)
Kommunikation

GEMEINDE

Zersiedelung und Verfall
Sterbende Ortskerne
Leerstand im Gemeindebesitz



PROBLEME
BEDÜRFNISSE

Außenkommunikation

BESTANDSAUFNAHME

ZUSTAND der Gebäude

- ✓ Wohnbarkeit
- ✓ Sicherheit
- ✓ Sanierungsmöglichkeiten

EIGENTUMssverhältnisse

- ✓ bereits in Gemeindehand
- ✓ Ankauf
- ✓ Kooperation, Verbleib in Privateigentum

BESETZUNGSKOORDINATOR:IN



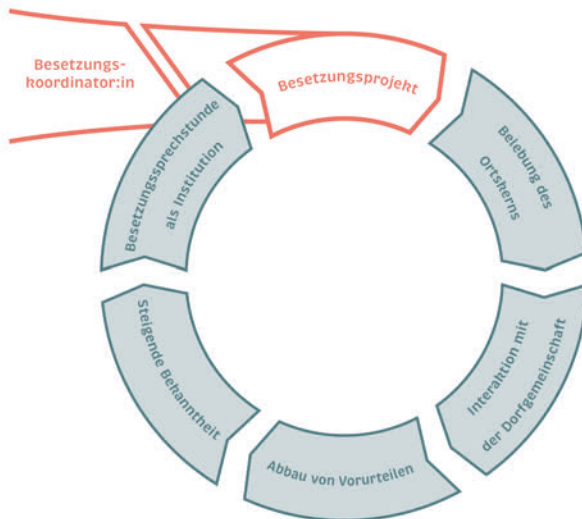
geschieht meist in Gestalt von direkten, selbstverwalteten Aktionen, auch wenn vereinzelt Hilfestellungen durch soziale, politische Initiativen existieren, etwa in Form von Workshops oder ›Besetzungssprechstunden‹ (vgl. NaturFreunde Deutschland 2019; vgl. Schweighöfer 2009). Doch diese unterstützenden Strukturen können das Problem der Illegalität und die Angst vor einer möglichen Räumung nicht beseitigen. Im Unterschied zu größeren Städten befinden sich in den Ortskernen im Bauland viele leerstehende Wohngebäude in Gemeindebesitz. Viele davon wären bewohnbar, können aber aufgrund ihres Zustandes nicht ohne Weiteres vermietet werden. Diese sollen nun zur freien Aneignung zur Verfügung gestellt werden.

Ausschlaggebend für die Umsetzung des Projekts ist die Anstellung einer: s Besetzungskordinator: in, welche: r unter anderem für die Bewerbung des Projektes zuständig ist. Zudem muss eine Bestandsaufnahme vollzogen werden. Dabei wird der Zustand, das heißt die Bewohnbarkeit, Sicherheit und die Sanierungsmöglichkeiten, sowie die Eigentumsverhältnisse der infrage kommenden Gebäude analysiert und bewertet. Nachdem die Grundlagen ermittelt wurden, können sich Interessent: inen im Rahmen einer Besetzungssprechstunde Informationen über Möglichkeiten und Rahmenbedingungen einer geduldeten Besetzung einholen. Diese Sprechstunde dient als Kommunikationselement während der möglichen Nutzung, um Kooperation mit der Gemeinde in Bezug auf infrastrukturelle Einrichtungen (Wasser, Elektrizität, Teilhabe) sowie anderweitige Unterstützung zu ermöglichen.

Die Intervention der ›InBestandSetzung‹ ermöglicht, direkt das Bedürfnis nach Wohnraum und das nach Ressourcen- und Identitätserhalt gleichermaßen zu adressieren, die dabei im Sinne einer Postwachstumsökonomie gegenüber den wirtschaftlichen Interessen bevorzugt werden. Auf diesem Weg kann der Gebrauchswert des vorhandenen Wohnraumes gegenüber dem (potentiellen) Tauschwert des Baugrundes in den Vordergrund treten.

Als zentraler Motor der Umsetzung wirkt hier das *Bedürfnis nach Wohn- und Entfaltungsraum*, das im *status quo* grundsätzlich durch sozioökonomische Zusammenhänge unverhältnismäßig eingeschränkt wird. Einer Besetzung von dauerhaft leerstehenden Gebäuden stehen Probleme der Illegalität und der sozialen Illegitimität entgegen. Obwohl die Illegalität auf der unmittelbaren planerischen Ebene nicht beseitigt wird, kann eine gewisse Sicherheit gegenüber rechtlichen Konsequenzen gewährleistet werden, sofern sich die Gebäude in Gemeindebesitz befinden. Das *kontinuierliche Vakuum* besteht im wesentlichen aus einer offenen Kooperationsbereitschaft, die eine mögliche Besetzung durch eine ausdrückliche Einladung legitimiert.

Die Privilegierung von Eigentum ist gesellschaftlich ein normativ aufgeladener Gegenstand. Obwohl der Leerstand auf dem Land mit deutlich geringeren tatsächlichen Kapitalinteressen einhergeht, hinterfragt die Intervention kulturell verankerte Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit. Allerdings ist die Problematik von Wohnraum und Leerstand



in Badisch Sibirien teilweise so umfassend, dass es - innerhalb dieser Vorstellungen - keine realistische Perspektive auf Veränderung gibt. Selbst wenn die Intervention mit mangelnder Akzeptanz aus Teilen der Gesellschaft zu kämpfen haben wird, kann diese Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Kräften, zwischen Ansichten und Mythen über Vorschlag, Versuch und Dialog geführt werden, die von den Menschen vor Ort ausgestaltet werden müssen - ganz im Sinne Lefebvres.

Im Idealfall führt ein erstes Pilotprojekt zu einer Belebung des Ortskernes. Durch Sichtbarkeit und Interaktion mit der Dorfgemeinschaft können ideologische Vorurteile sukzessiv abgebaut werden. Wenn das Projekt dieser Überprüfung in der Praxis standhält, können die Einrichtungen als dauerhafte Institutionen etabliert werden und weitere Projekte angeleitet werden.

Freizeitgestaltung
Schöpferische Tätigkeit
Eigenverantwortlichkeit

BEDÜRFNISSE

JUGENDLICHE

Einkauf



JUGENDLICHE INITIATIVE



RESSOURCEN
Grundstück
Material

offenes Angebot

GEMEINDE

Angebote zur Teilhabe
Attraktivität für Familien

BEDÜRFNISSE



SELBSTBESTIMMTE AKTIONEN

(FREI-)RAUM
als Einladung zum Bauen, Sein,
Abhängen, Beleben -
ANEIGNEN

Unterstützung

Intervention IV // JugendFreiraum

Im Bauland besteht das Problem, dass die meisten sozialen Zentralitäten für Jugendliche um Vereine herum organisiert sind, die dem Bedürfnis nach Autonomie und Abwechslung in der Freizeitgestaltung nicht gerecht werden. Es fehlen Freiräume, die sich, frei von Überwachung durch Erwachsene, von Jugendlichen divers aneignen lassen.

Beispiele für solche Aneignungsräume finden sich in eigenen Erfahrungen, wie der Aneignung eines alten Bahnhofsgebäudes oder dem Bau eines ›Walddorfes‹ mit Hilfe von vorhandenen Materialien. Einem ähnlichen Impuls folgte die erstmals 2013 durchgeführte ›72 Stunden Aktion‹. Dabei haben Jugendliche 72 Stunden Zeit, einen Projektvorschlag der Gemeinde, wie beispielsweise die Erstellung eines Sinnespfades, nach ihren eigenen Vorstellungen umzusetzen (vgl. Schulte 2019). Den Jugendlichen im Bauland soll im Rahmen dieser Intervention kein vorgegebenes Projekt vorgeschlagen, sondern Materialien und Raum zur freien Aneignung zur Verfügung gestellt werden.

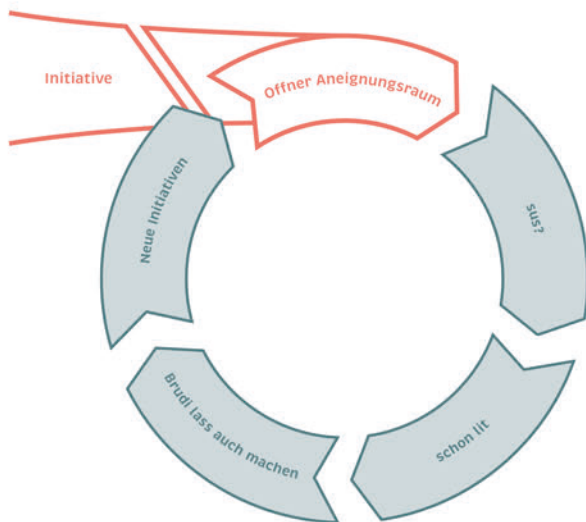
Um dies umzusetzen, stellt die Gemeinde ein geeignetes Grundstück und (Bau-)Material vor Ort zur Verfügung. Das Projekt muss frühzeitig in Form einer offenen Einladung kommuniziert werden, insbesondere unter Einbindung von sozialen Medien, so dass die Initiative und anstehende Entscheidungen direkt von beteiligten Jugendlichen ausgeht. Von dieser Initiative aus kann ein (Frei-)Raum als Einladung zum Bauen, ›Abhängen‹ und Beleben bereitgestellt werden, ohne vorgegebenen Zweck und Kontrolle durch Außenstehende. Dieser Raum kann nun von Jugendlichen mit selbstbestimmten Aktionen bespielt und genutzt werden. Die Kanäle der sozialen Medien, die zuvor zur Information durch die Gemeinde genutzt wurden, können an die Jugendlichen übergeben werden. Somit werden immer mehr junge Menschen erreicht und es kann frei entschieden werden, was mit der Dorfgemeinschaft geteilt

wird. Die Gemeinde tritt dabei weitgehend in den Hintergrund, steht aber für materielle und organisatorische Unterstützung zur Verfügung, wenn das von den Jugendlichen benötigt und gewünscht wird.

Der JugendFreiraum spricht das Bedürfnis nach Freizeitgestaltung und unbeobachtetem freien Raum an, trägt aber vor allem dem Bedürfnis und der Fähigkeit zu Autonomie und Eigenverantwortlichkeit Rechnung. Ziel ist, keine bestehenden Strukturen von außen vorzusetzen, sondern Jugendlichen den Freiraum zu lassen, selbst zu gestalten und Kenntnisse zu sammeln. Da diese Form des ungerichteten Freizeitangebots keinem Mechanismus von wirtschaftlicher Verwertbarkeit folgt, ist auch hier ein Postwachstumsgedanke im Sinne einer Gebrauchswertorientierung verankert. Das *Recht auf Dorf* im Sinne Lefebvres äußert sich in der Offenheit der Ausgestaltung durch die Jugendlichen und die Ermöglichung von Aneignung und Handlungsfähigkeit.

Als zentraler Motor wirkt hier das *Bedürfnis nach eigenverantwortlicher Freizeitgestaltung*, das durch einen Mangel an Angeboten bedingt wird. Die Möglichkeit dazu ist im *status quo* durch wirtschaftliche Hür-





den, vor allem aber durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Abhängigkeit eingeschränkt: Jugendliche können nicht frei als autonome Mitglieder der Gesellschaft handeln. Die Intervention umgeht diese Probleme durch ein *kontinuierliches Vakuum* in Form einer offenen Einladung zur Raumaueignung mit einem gleichermaßen offenen Angebot für selbstbestimmten Zugang zu materieller und organisatorischer Unterstützung.

Um diese Intervention zu skalieren, muss ein Pilotprojekt zunächst von der örtlichen Jugend akzeptiert und für sich übernommen werden. Wenn davon ausgehend das Interesse und die Bekanntheit steigen, können initiative Gruppen von sich aus weitere, eigene JugendFreiräume von den Gemeinden fordern. Das Besondere an dieser Intervention ist der hohe Grad an Ungeplantheit, es wird lediglich ein grober Rahmen vorgeschlagen. Dadurch ist in weiten Teilen unklar, was und ob überhaupt etwas passiert. Dieses Experiment kann gelingen, wenn Jugendliche den Freiraum nicht nur annehmen, sondern *an sich nehmen*.

Forderungen

Diese Interventionen sind konkrete Vorschläge, aber sie sind auch Untersuchungsgegenstand. Weder decken sie alle vorgefundenen Problemfelder im Bauland ab, noch können sie ohne weiteres auf andere strukturschwache Regionen übertragen werden. Aus ihren Überschneidungen und Gemeinsamkeiten lassen sich allerdings allgemeine Anforderungen ableiten, die die Ermöglichung des *Rechts auf Dorf* an eine Planungs- und Verwaltungspraxis stellt. Dieser iterative Prozess, die *Konstruktion eines virtuellen Gegenstandes*, seine *Konkretisierung*, und seine anschließende, erneute *Generalisierung*, der fortschreitende Dialog zwischen Ideal und Realität, ist Teil eines dialektischen planerischen Ansatzes, der damit nicht enden darf. Die folgenden zehn Forderungen beinhalten das planerische Vorgehen, die strukturellen Elemente der Planung und die Institutionalisierungen die notwendig sind, um eine Verwirklichung des virtuellen *Rechts auf Dorf* zu ermöglichen und zu unterstützen.

I

transduzieren

Für das *Recht auf Dorf* zu planen, heißt, sich an der Wirklichkeit und den in ihr vorgefundenen Problemen zu orientieren. Der erste Schritt muss daher immer eine phänomenologische Betrachtung der lokalen und der gesamten Gesellschaft sowie der wahrgenommenen und geäußerten Probleme und Konflikte sein. Daraus können die (ungestellten) sozialen Bedürfnisse abgeleitet werden. Das geht unweigerlich mit einer Auswahl, einer Gewichtung und einer Privilegierung einher - auf dieser Basis findet die *Transduktion* statt, die Konstruktion eines utopischen, möglichen Gegenstandes:

- *Welche Bedürfnisse sind zentral?*
- *Wie würden Menschen diese Bedürfnisse stillen, wenn sie frei von ideologischen gesellschaftlichen Zwängen wären?*
- *Welche Art des Umgangs wäre für diese Situation naheliegend, wahrscheinlich, mit Erfahrung und Beobachtung vereinbar?*

Nicht selten können Menschen vor Ort relativ gut benennen, welche Art von Ort, Raum oder Institution ›fehlt‹, allerdings mitunter eingeschränkt durch die systemischen Parameter des Zulässigen und damit des Vorstellbaren. Trotzdem kann das als Ausgangspunkt dienen, um allgemeine

Impulse und Neigungen zu erkennen. Der zentrale Gegenstand der Planung für das *Recht auf Dorf* ist, darauf aufbauend, folgender:

- *Welche Zwänge stehen diesen Bedürfnissen entgegen?*
- *Welchen gesellschaftlichen Mechanismen entspringen oder entsprechen diese Zwänge?*

Ein solches Modell von sozioökonomischen Hürden, die der autonomen Befriedigung von gesellschaftlichen Bedürfnissen im Weg stehen, steht im Zentrum der Ermöglichung des *Rechts auf Dorf*. Diese Annahmen müssen kontinuierlich mit der Praxis abgeglichen werden und einer empirischen Überprüfung standhalten - oder sich ihr anpassen.

II

vakuumieren

Die Räume, die diese planerische Praxis entwirft, müssen zwei wesentlichen methodischen Kriterien entsprechen. Das Erste davon lautet:

Die Räume müssen ein Vakuum in der sozioökonomischen Ordnung öffnen und aufrechterhalten, innerhalb dessen die beobachteten Zwänge und Hürden so gering wie möglich wirken.

Diese Hürden sind meist entweder *wirtschaftlicher* oder *kultureller* Natur.

Wirtschaftliche Barrieren für eine gesellschaftliche Initiative sind beispielsweise notwendige Kapitalinvestition, der Bedarf, Lebensunterhalte zu decken oder die Notwendigkeit ökonomischer Tragfähigkeit. Um diese hindernden Mechanismen abzuschirmen, müssen die Gesellschaft und ihre Institutionen sich bereit erklären, die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse zu *finanzieren* (» IV).

Kulturelle Barrieren für eine gesellschaftliche Initiative sind beispielsweise konkurrierende Bedürfnisse, normative Überhöhung organisatorischer Strukturen oder allgemein mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz. Um diese hindernden Mechanismen abzuschirmen, ist es vor allem notwendig, darüber strategisch zu *kommunizieren* (» V).

III

experimentieren

Das zweite methodische Kriterium, denen die geplanten Räume entsprechen müssen, lautet:

Innerhalb des kontinuierlichen Vakuums müssen die Räume möglichst große Freiheit für Initiative und Ausgestaltung durch die Bevölkerung lassen.

Für das *Recht auf Dorf* zu planen bedeutet, den Menschen keine Lösungen zu präsentieren, sondern Lösungen zu ermöglichen. Diese können in ihrer Gestalt dann genau den hochaufgelösten Nuancen lokaler Bedürfniszusammenhänge und kultureller Form entsprechen, die Planer:innen so oft in ausufernder Analyse zu erspüren versuchen - und dann doch verfehlen. Menschen haben Ideen, Lösungen, Eigenverantwortung, *drive* - sie brauchen den Freiraum, um etwas daraus machen zu können.

Mit dieser inhaltlichen Unbestimmtheit geht eine gewisse Unvorhersehbarkeit einher. Damit diese Offenheit nicht zur Oberflächlichkeit wird, gilt:

Der Planungsprozess muss zeitlich aufgelöst werden.

Es ist nicht mit der experimentellen Utopie vereinbar, Planung und Ausführung zeitlich zu trennen. Ein Planungsvorschlag kann immer nur der erste Schritt eines andauernden Dialoges zwischen Plan und Realität sein. So wie die Menschen auf eine Raumöffnung reagieren, müssen auch Planer:innen auf Erfahrungen reagieren, die sie erst im Laufe der Umsetzung sammeln. Diese Erfahrungen dürfen nicht nur dem Erkenntnisgewinn dienen - sie müssen auf die Realisierung weiter einwirken (können). Erst in der Umsetzung können transduktive Annahmen experimentell bestätigt, widerlegt, oder auch modifiziert werden.

IV

finanzieren

Neben methodischen Kriterien gibt es eine Reihe struktureller inhaltlicher Elemente, die Planungsprojekte zur Ermöglichung des *Rechts auf Dorf* aufweisen sollten. Um ein kontinuierliches Vakuum innerhalb wirtschaftlicher Zusammenhänge eröffnen zu können, gilt:

Die Gesellschaft muss bereit sein, die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu finanzieren, initial und kontinuierlich, direkt über ihre Institutionen.

Zentral ist dabei nicht, wieviel Geld eine Gemeinde auszugeben bereit oder in der Lage ist. Es geht darum anzuerkennen, dass die Befriedigung sozialer Bedürfnisse ein Gebrauchswert ist, für den die Gesellschaft kollektiv aufkommen muss. Dabei geht es vor allem um eine Abgrenzung zu Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Besonders auf dem Land wird deutlich: eine kapitalistische Wettbewerbs- und Wachstumslogik scheitert daran, soziale Bedürfnisse adäquat und gerecht zu befriedigen. Weder das kommunale Buhlen um Investitionen, noch punktuelle Förderungen für Gründer:innen oder Unternehmer:innen können daran etwas ändern. Daher gilt:

Initiativen, die soziale Bedürfnisse stillen, müssen sich nicht wirtschaftlich selbst tragen können - oder überhaupt wirtschaftlich agieren.

Sie stellen einen Gebrauchswert für die Gesellschaft dar. Da die Menschen innerhalb und die Initiativen selbst sich aber weiterhin in übergeordneten systemischen ökonomischen Zusammenhängen befinden, muss die Gesellschaft dafür finanziell aufkommen. Nicht als Investition zum Ankurbeln der Wirtschaftstätigkeit, nicht als Subvention für private, gewinnorientierte Unternehmen, sondern als Ausgabe für ein infrastrukturelles Gut.

V

kommunizieren

Wenn der Befriedigung eines Bedürfnisses kulturelle Hürden im Weg stehen, können diese selten *ad hoc* ausgehebelt werden. Das *Recht auf Dorf* kann niemandem aufgezwungen werden. Eine planerische Maßnahme, die mit gesellschaftlicher Akzeptanz zu kämpfen hat, kann langfristig nur angenommen werden, wenn Vorurteile und Bedenken mit der Zeit ausreichend abgebaut werden können:

Wenn der Befriedigung eines sozialen Bedürfnisses eine kulturelle Hürde im Weg steht, muss die planerische Maßnahme in der Lage sein, ihre Qualität selbst zu kommunizieren. Dazu muss sie mit möglichst geringem Aufwand und exemplarisch eingeführt werden können.

Nur am gelebten Beispiel kann sich zeigen, ob Menschen bereit sind, sich auf die Maßnahme einzulassen und positive Erfahrungen zuzulassen und ob diese gegenüber konkurrierenden Bedürfnissen und Ansichten überwiegen. Wenn eine planerische Intervention besonders tief sitzende normative Überzeugungen in Frage stellt, gilt es, Ideologie behutsam an gelebten Beispielen aufzuweichen. Initial kann eine Verwirklichung erleichtert werden, indem man die Maßnahme zunächst an soziale Gruppen adressiert, bei denen diese Überzeugung weniger stark vertreten ist.

VI

sozialisieren

Damit geplante Räume in ihrer Ausgestaltung offen sind und bleiben, müssen sie der Gesellschaft dauerhaft zugänglich sein:

Möglichst viele Räume müssen möglichst aneigenbar geplant werden, als kollektive, soziale Räume.

Die Bedeutung dieser Forderung lässt sich in Abgrenzung zu ihren Gegensätzen verstehen:

- *Aneigenbare Räume dürfen nicht vereinnahmt werden können.*
- *Aneigenbare Räume müssen mehr als nur öffentlich genutzt werden können.*

Der klassische öffentliche Raum ist meist nicht aneigenbar, weil er vollständig bürokratisch geordnet ist. Jede Fläche hat einen geregelten Zweck und ein festgeschriebenes *Design*. In diesem Rahmen kann sie von der Öffentlichkeit zwar betreten und, falls vorgesehen, genutzt werden, aber die formale Nutzung entspricht selten den Möglichkeiten.

Flächen in Privateigentum sind meist nicht aneigenbar, weil sie vereinnahmt sind. Je nach Situation und je nachdem, auf welche institutionelle Ebene die Planung Zugriff hat, kann der Umgang damit anders

aussehen. Ein Ansatz ist, auf Privateigentum in der Planung möglichst weitgehend zu verzichten, und Flächen und Räume zunehmend zu *kollektivieren* (» VII). Die andere Herangehensweise ist, die sakrosankte Entscheidungsfreiheit über das räumliche Eigentum zunehmend aufzulösen. Eigentum bedeutet keineswegs vollständige Handlungsfreiheit, es ist ein gesellschaftlich geregeltes Nutzungsprivileg. Diese Art der Nutzung kann durch die Gesellschaft eingeschränkt und reglementiert werden, wodurch auch Räume und Flächen in Privateigentum für eine Aneignung geöffnet werden könnten.

VII

kollektivieren

Es ist aus planerischer und institutioneller Sicht einfacher, Räume einer kontrollierten Aneignung zu überlassen, wenn diese sich in Besitz gesellschaftlicher Institutionen befinden. Die Entscheidungsbefugnisse sind umfassender, demokratisch organisiert und in der Unterhaltung potentiell kostengünstiger.

Falls möglich, ist es zu bevorzugen, Privateigentum in kommunales Eigentum zu überführen.

Besondere Bedeutung hat diese Beobachtung für Flächen und Gebäude, die sich bereits in Gemeindehand befinden. Diese stellen einen potentiellen Gebrauchswert dar, der immer als solcher wahrgenommen, und insbesondere nicht seines Tauschwertes wegen veräußert werden sollte:

Grund- und Immobilieneigentum der Gemeinden darf nicht als Kapitalmotor in Privateigentum übergeben werden.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass eine zunehmende Verschiebung des Eigentums in Richtung der gesellschaftlichen Institutionen auf lange Sicht eine enorme Machtkonzentration nicht zwangsläufig bei der Gesellschaft, sondern bei eben diesen Institutionen verursacht. Es ist daher

wünschenswert, dass die Gemeinden dieses Eigentum bereitwillig aus ihrer eigenen Kontrolle abgeben. Nur nicht an Elemente und in Strukturen, die eine Vereinnahmung darstellen, sondern an autonome, gesellschaftliche Initiativen, die eine dauerhafte Aneignbarkeit gewährleisten.

VIII

lokalisieren

Nicht alle Probleme spielen sich auf der Ebene von Gemeinden ab, und viele übergeordnete Herausforderungen hängen nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern auch mit den damit verbundenen politischen Entscheidungsstrukturen zusammen. Ländliche Räume sind, was Raumordnung und Entscheidungssystematik angeht, immer an übergeordneten Zentren orientiert. Da Verteilungs- und Organisationsfragen im politischen Neoliberalismus immer an Maßstäbe wirtschaftlicher Performance gekoppelt sind, ergibt sich daraus für das Ländliche ein ständiges Abhängigkeitsverhältnis und soziale Bedürfnisse werden institutionell oft primär in Bezug zu übergeordneten Bedürfnissen der städtischen Gesellschaft wahrgenommen. Daher gilt:

Für Planungsmaßnahmen, die über die Ebene der Gemeinde hinaus gehen, sollten lokale, kooperative Entscheidungsnetzwerke aufgebaut und/oder genutzt werden.

IX

solidarisieren

Planung nimmt häufig eine lokale Perspektive ein, die einer Gemeinde oder einer Region. Gerade im strukturschwachen Raum finden sich viele vernachlässigte, auch soziokulturell ›abgehängte‹ Orte. Dort planerisch aktiv zu sein, beinhaltet in einem Wachstums- und Wettbewerbsorientierten System eine große Verlockung: planerische Erfolge zu erzielen, indem man Konkurrenzvorteile erarbeitet. Insbesondere wenn die direkte Konkurrenz mit einem ähnlich großen Maß an Trost- und Perspektivlosigkeit zu kämpfen hat, ist das relativ unkompliziert: simple touristische Vermarktung oder *Leuchtturmprojekte*, also Projekte, die nur weil sie neu, ›innovativ‹ oder ungewöhnlich sind, oder scheinen, einen Ort überregional bekannt machen und ein *image* etablieren - um nur zwei Beispiele zu nennen.

Diese Techniken entsprechen dem etablierten Repertoire der technokratischen Planung, das bei größeren Städten längst zur allgegenwärtigen Gleichförmigkeit verkommen ist und dazu geführt hat, dass diese Städte auf vielen Handlungsebenen umfangreichen Bedingungen entsprechen ›müssen‹, ohne echten Entscheidungsrahmen, aber auch ohne einen direkten Vorteil - außer der Teilhabe am System der sozialräumlichen Ungleichheit.

Wenn man damit in einer strukturschwachen Sphäre eine innovative Rolle einnimmt, kann man kurzfristige punktuelle Erfolge verzeichnen. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden. Nur wenn sich die Verlierer:innen des neoliberalen Wachstums- und Wettbewerbssystems miteinander solidarisieren und sich von dessen Bewertungsmaßstäben verabschieden, können sie sich auf eine bessere Zukunft zubewegen:

Soziale Infrastruktur darf nicht erreicht werden, indem man eine Vorteilsposition gegenüber anderen, vergleichbaren Gemeinden/Regionen erarbeitet.

X

institutionalisieren

Die vorangegangenen Forderungen richten sich an Planer:innen und Verwaltungsebenen, die diese Planung beauftragen oder durchführen, wie beispielsweise Gemeinden. Sie beschreiben, wie innerhalb und trotz aktuell gültiger systemischer Parameter für eine Ermöglichung des *Rechts auf Dorf* geplant werden kann. Eine Planung in diesem Sinne stößt allerdings immer wieder an Grenzen, die außerhalb ihres Einflussbereiches liegen.

Um eine dauerhafte systemische Veränderung zu erwirken und zu fördern sind Institutionalisierungen auch auf übergeordneten politischen Ebenen nötig:

- *finanziell*
- *legislativ*
- *kommunikativ*

Eine *finanzielle* Institutionalisierung hat mindestens zwei Aspekte: Im Allgemeinen ist es, gerade im Interesse strukturschwächerer Regionen, notwendig, von Prinzipien der neoliberalen Austeritätspolitik abzurücken. Die Bereitschaft, für gesellschaftliche Gebrauchswerte Geld auszugeben bedeutet für höhere politische Ebenen, den Kommunen diese Ausgaben zu ermöglichen, ohne sie von direkten eigenen Einnahmen

abhängig zu machen. Höherer, kontinuierlicher, zweckungebundener Kapitalfluss in Richtung untergeordneter politischer Ebenen bedeutet, den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand nach Gebrauchswertbedarf und nicht nach Tauschwertleistung zu verteilen (» IV).

Dieses Prinzip lässt sich unabhängig von regulären Verteilmechanismen auch auf punktuelle Förderungen anwenden. Sei es indem kommunale Projekte vollumfänglich finanziert werden (ohne Notwendigkeit von Eigenleistung), indem Förderung von *non-profit* Unternehmungen gegenüber *for-profit* Unternehmen privilegiert werden (oder letztere gar nicht gefördert werden) oder indem der Aufbau von Grund- und Immobilieneigentum konkret gefördert wird (» VII).

Eine *legislative* Institutionalisierung ist immer dann nötig, wenn die gegenwärtige rechtliche Ordnung keine angemessenen Kategorien bereithält: Etwa bei der Aneignbarkeit von Privateigentum oder öffentlichem Raum (» VI), der Privilegierung von kommunalem Vorkaufsrecht und -bedingungen (» VII) oder der Privilegierung von initiativen lokalen kooperativen Entscheidungssystematiken (» VIII).

Die *kommunikative* Institutionalisierung würde zunächst bedeuten, von höheren politischen Ebenen aus aktive Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Etwaige *legislative* und *finanzielle* Institutionalisierungen und die planerischen Möglichkeiten, die sich aus ihnen ergeben, müssen vermittelt werden. Gegebenenfalls müssen übergeordnete politische Ebenen gegen eventuell verbliebenen vorausseilenden Gehorsam durch kulturelle Integration des Wirtschaftlichkeitsparadigmas aktiv vorgehen, indem sie Verteilmechanismen auf Gebrauchswertbasis erzwingen oder gesellschaftlichen Initiativen direkten Zugang zu ihnen ermöglichen.

Diese zehn Forderungen, ihre Herleitungen und Begründungen, sind ein Manifestchen. Sie sind programmatisch, parteiisch, auffordernd. Sie sind utopisch, weil wir überzeugt sind, dass sie etwas verbessern können, doch sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf objektive Wahrheit. Muss ihnen also entsprochen werden? Selbstverständlich! Darf ihnen widersprochen werden? Zweifelsohne! Ein zahmes Manifest. Das tut bestimmt nichts? Von wegen!

Epilog

Das Dorf ist tot, lang lebe das Dorf! Wie Lefebvres *Recht auf Stadt* versucht das *Recht auf Dorf* ein Spannungsfeld darzustellen, zwischen unverblümter, trostloser Realität einerseits, und der Hoffnung auf Veränderung andererseits. Denn die Aussichtslosigkeit einer Situation bedingt gerade die Dringlichkeit, die eine Aussicht auf Verbesserung aufzeigt. Die Notwendigkeit besteht, die Chance ist noch da, der Weg wurde beschrieben. Der Neoliberalismus hat das Dorf noch nicht vollständig vereinnahmt. Soziale Ungerechtigkeit und die drohende Klimakatastrophe machen eine systemische Veränderung dringend notwendig. Grund genug, das *Recht auf Dorf* nicht erst in 50 Jahren zu erkämpfen.

Literaturverzeichnis

Antes, Wolfgang / Wenzl, Udo / Wichmann, Stefanie (Hrsg.) (2022): *Jugend im Ländlichen Raum Baden-Württembergs*, Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren

ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (2021): *Postwachstum und Raumentwicklung – Denkanstöße für Wissenschaft und Praxis*, Hannover, [online] <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01225> [abgerufen am 3.1.2023]

BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (2018): *Aktive Stadt- und Ortsteilzentren – Leerstand als Ressource*, [online] https://www.staedtebaufoerderung.info/SharedDocs/downloads/DE/ProgrammeVor2020/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Transfer17Renner.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [abgerufen am 19.1.2023]

Berlin-Institut (Hrsg.) (2019): *Teilhabeatlas Deutschland*, [online] https://www.berlininstitut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_TeilhabeatlasDeutschland_2019.pdf [abgerufen am 5.1.2023]

bpb - Bundeszentrale für Politische Bildung (O.D.): *Kapitalismus*, In: bpb - Bundeszentrale für Politische Bildung: *Das Lexikon der Wirtschaft*, [online] <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19938/kapitalismus/> [abgerufen am 3.1.2023]

Brokow-Loga, Anton (2020): *Wo bitte geht's zur Postwachstumsstadt?*, In: marlowes, [online] <https://www.marlowes.de/postwachstumsstadt/> [abgerufen am 3.1.2023]

De Angelis, Massimo (2022): *The City as Commons – Diffused Governance for Social and Ecological Reproduction*, In: Savini, Federico / Ferreira, António / von Schönfeld, Kim Carlotta (Hrsg.): *Post-Growth Planning – Cities Beyond the Market Economy*, Routledge, New York: 97–111

Engels, Friedrich / Marx, Karl (2008, Erstveröffentlichung 1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*, MetaLibri, [online] https://www.ibiblio.org/ml/libri/e/EngelsFMarxKH_ManifestKommunistischen_s.pdf [abgerufen am 8.1.2023]

Ewert, Stefan (2021): *Ländliche Räume in Deutschland – ein Überblick*, In: bpb – Bundeszentrale für Politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/laendliche-raeume/334146/laendliche-raeume-in-deutschland-ein-ueberblick/#footnote-target-6> [abgerufen am 3.1.2023]

FairBindung e.V. / Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (2016): *Warum konsumieren wir? Funktionen unseres Konsums*, [online] https://www.endlich-wachstum.de/wp-content/uploads/2015/09/Kapitel-3_Warum-konsumieren-wir_Hintergrundtext-Funktionen-des-Konsums.pdf [abgerufen am 3.1.2023]

Gemeinschaft Schloss Tempelhof (o.D.): *Landwirtschaft*, [online] <https://www.schloss-tempelhof.de/th-landwirtschaft/> [abgerufen am 19.1.2023]

Käflein, Daniela (2019): *Auf die Bauwagen-Jugend ist Verlass*, In: Fränkische Nachrichten, [online] https://www.fnweb.de/orte/osterburken_artikel,-osterburken-auf-die-bauwagen-jugend-ist-verlass-_arid,1437885.html [abgerufen am 5.1.2023]

Krämer, Ralf (2015): *Kapitalismus verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart*, 1. Aufl., Hamburg: VSA-Verlag

Lefebvre, Henri (2016, französische Erstveröffentlichung 1968): *Das Recht auf Stadt*, 3. Aufl., Hamburg: Edition Nautilus

Marx, Karl (2009, Erstveröffentlichung 1867): *Das Kapital*, Köln: Anaconda Verlag

MLR-BW – Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (o.D.): *Das 1x1 des ELR*, [online] <https://mlr.baden-wuerttemberg.de/de/unsere-themen/laendlicher-raum/foerderung/elr/elr> [abgerufen am 19.1.2023]

NaturFreunde Deutschland (2019): *Besetzen statt Besitzen! – Workshop zum Thema Hausbesetzung*, [online] <https://www.naturfreunde.de/termin/besetzen-statt-besitzen-workshop-zum-thema-hausbesetzung> [abgerufen am 19.1.2023]

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V. (2023): *Was ist solidarische Landwirtschaft?*, [online] <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/das-konzept/was-ist-solawi> [abgerufen am 19.1.2023]

Oberst, Christian / Voigtländer, Michael (2021): *Haus oder Wohnung? Stadt oder Land? – Ein Auswahlexperiment zur Wohnstandortentscheidung*, Gutachten im Auftrag der Deutschen Reihenhäuser AG, Köln

Paech, Niko (2009): *Grundzüge einer Postwachstumsökonomie*, [online] <http://www.postwachstumsoekonomie.de/material/grundzuege/> [abgerufen am 5.1.2023]

Polizei Mosbach (2013): *Tödlicher Unfall in Adelsheim – Fußgänger stirbt*, In: Main-Echo, [online] <https://www.main-echo.de/regional/blaulicht/toedlicher-unfall-in-adelsheim-fussgaenger-stirbt-art-2434139> [abgerufen am 5.1.2023]

Research and Degrowth (2023): *History*, [online] <https://degrowth.org/history/#> [abgerufen am 5.1.2023]

Richters, Oliver (2019): *Kapitalismus beenden – Marktwirtschaft reparieren*, In: Blog Postwachstum, [online] <https://www.postwachstum.de/kapitalismus-beenden-marktwirtschaft-reparieren-20190613> [abgerufen am 5.1.2023]

Savini, Federico / Ferreira, António / von Schönfeld, Kim Carlotta (2022): *Uncoupling planning and economic growth: towards post-growth urban principles*, In: Savini, Federico / Ferreira, António / von Schönfeld, Kim Carlotta (Hrsg.): *Post-Growth Planning - Cities Beyond the Market Economy*, Routledge, New York: 3-18

Schulte, Tobias (2019): *Lasst das mal die Jugend machen*, In: YOUNPAX, [online] <https://www.youpax.de/content/lasst-das-mal-die-jugend-machen.php> [abgerufen am 19.1.2023]

Schwartzman, David (2022): *A critique of degrowth*, In: climate & capitalism, [online] <https://climateandcapitalism.com/2022/01/05/a-critique-of-degrowth/> [abgerufen am 5.1.2023]

Schweighöfer, Kerstin (2009): *Schluss mit »Kraken«*, In: Deutschlandfunk, [online] <https://www.deutschlandfunk.de/schluss-mit-kraken-100.html> [abgerufen am 19.1.2023]

Stadt Adelsheim (o.D.): *Adelsheim Leuchtet*, [online] <https://www.adelsheim.de/freizeit-tourismus/veranstaltungen/adelsheim-leuchtet.html> [abgerufen am 19.1.2023]

Sutterlütti, Simon / Meretz Stefan (2018): *Kritik bestehender Transformationskonzepte*, [online] <https://commonism.us/files/Kapitalismus-aufheben-Bonuskapitel.pdf> [abgerufen am 3.1.2023]

Tekath, Sarah (2020): *Ein Stück Kultur*, In: nd, [online] <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1144498.hausbesetzungen-ein-stueck-kultur.html> [abgerufen am 19.1.2023]

Wanner, Peter (2000): *Zentrum und Provinz - die Entstehung von »Badisch Sibirien«*, In: Erfatal Museum Hardheim, [online] <http://www.erfatal-museum.de/sonderausstellungen/historikertag-2000/> [abgerufen am 3.1.2023]

Wollschläger, Fabian (2016): *Postwachstum für eine revolutionäre Stadtentwicklung? Ein Schritt auf dem Weg zum Urbanen in städtischen Räumen*, [online] <https://quartier-mirke.de/download/Masterarbeit-Fabian-Wollschlaeger.pdf> [abgerufen am 3.1.2023]

Die Zeit ist reif für das Dorf. Es ist Zeit, dass du, Dorfkind, dort nicht nur wohnen, sondern dort leben kannst. Dass du, Rentner:in, dort sitzen, atmen, erzählen kannst. Es ist Zeit, dass du, Geflüchtete:r, dort willkommen bist und es ist Zeit, dass du, Bauernhaus, gerettet wirst. Es ist auch Zeit, dass du, Selbstversorger:in, dort einen Acker findest. Dass du, letzte Generation, doch nicht die Letzte bleibst. Es ist Zeit, dass du, Aussteiger:in, mit dem Lastenrad einkaufen kannst und dass du, Künstler:in, Bastler:in, Bereichernde:r, deinen Raum bekommst. Denn das ist euer Recht, unser Recht. Dieses Recht zu erkämpfen, dieses neue Dorf, wird euer Werk sein. Und daher ist es Zeit, dass du, Planner:in, zur Seite stehst, Räume anbietest, geschehen lässt, ermöglichst.